

Bundesgesetzblatt ⁹⁰¹

Teil II

G 1998

1997

Ausgegeben zu Bonn am 2. Mai 1997

Nr. 17

| Tag | Inhalt | Seite |
|-----------|---|-------|
| 24. 4. 97 | Gesetz zu dem Abkommen vom 7. März 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea über den Luftverkehr GESTA: XJ021 | 902 |
| 24. 4. 97 | Gesetz zu dem Abkommen vom 15. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Namibia über den Luftverkehr GESTA: XJ024 | 912 |
| 24. 4. 97 | Gesetz zu dem Vertrag vom 12. Dezember 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern GESTA: XN003 | 924 |

Gesetz
zu dem Abkommen vom 7. März 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Korea
über den Luftverkehr

Vom 24. April 1997

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 7. März 1995 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea über den Luftverkehr sowie den in den Nummern 6 und 7 der Vereinbarten Niederschrift vom 25. Januar 1995 getroffenen Vereinbarungen wird zugestimmt. Das Abkommen und die getroffenen Vereinbarungen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 18 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 24. April 1997

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Korea
über den Luftverkehr**

**Air Transport Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of Korea**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Korea –

The Federal Republic of Germany
and
the Republic of Korea,

Vertragsparteien des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt, zur Unterzeichnung aufgelegt in Chicago am 7. Dezember 1944,

Being Parties to the Convention on International Civil Aviation opened for signature at Chicago on 7 December 1944, and

in dem Wunsch, ein Abkommen über die Aufnahme und den Betrieb des Fluglinienverkehrs zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus zu schließen –

Desiring to conclude an agreement for the purpose of establishing and operating air services between and beyond their respective territories,

sind wie folgt übereingekommen:

Have agreed as follows:

**Artikel 1
Begriffsbestimmungen**

**Article 1
Definitions**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeuten, soweit sich aus dessen Wortlaut nichts anderes ergibt,

(1) For the purposes of the present Agreement, unless the text otherwise requires:

- a) „Zivilluftfahrt-Abkommen“ das am 7. Dezember 1944 in Chicago zur Unterzeichnung aufgelegte Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt einschließlich aller nach seinem Artikel 90 angenommenen Anhänge und aller Änderungen der Anhänge oder des Zivilluftfahrt-Abkommens selbst nach seinen Artikeln 90 und 94;
- b) „Luftfahrtbehörde“ in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Verkehr, in bezug auf die Republik Korea den Minister für Bauwesen und Verkehr oder in beiden Fällen jede andere Person oder Stelle, die zur Wahrnehmung der diesen Behörden obliegenden Aufgaben ermächtigt ist;
- c) „bezeichnetes Unternehmen“ jedes Luftfahrtunternehmen, das eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei nach Artikel 3 schriftlich als ein Unternehmen bezeichnet hat, das auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien internationalen Fluglinienverkehr betreiben soll.

- a) the term “the Convention” means the Convention on International Civil Aviation opened for signature at Chicago on 7 December 1944, and includes any Annex adopted under Article 90 of that Convention and any amendment of the Annexes or Convention under Articles 90 and 94 thereof;
- b) the term “aeronautical authorities” means in the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Ministry of Transport; in the case of the Republic of Korea, the Minister of Construction and Transportation; or in both cases any other person or agency authorized to perform the functions exercised by the said authorities;
- c) the term “designated airline” means any airline that either Contracting Party has designated in writing to the other Contracting Party in accordance with Article 3 of the present Agreement as being an airline which is to operate international air services on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement.

(2) Die Begriffe „Hoheitsgebiet“, „Fluglinienverkehr“, „internationaler Fluglinienverkehr“ und „Landung zu nichtgewerblichen Zwecken“ haben für die Anwendung dieses Abkommens die in den Artikeln 2 und 96 des Zivilluftfahrt-Abkommens in der jeweils letztgültigen Fassung festgelegte Bedeutung.

(2) The terms “territory”, “air service”, “international air service” and “stop for non-traffic purposes” have, for the purpose of the present Agreement, the meaning laid down in Articles 2 and 96 of the Convention as amended at present or in future.

**Artikel 2
Verkehrsrechte**

**Article 2
Traffic Rights**

(1) Eine Vertragspartei gewährt der anderen Vertragspartei zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs durch die bezeichneten Unternehmen auf den nach Absatz 2 festgelegten Linien

(1) Each Contracting Party shall grant to the other Contracting Party for the purpose of operating international air services by designated airlines over the routes specified in accordance with paragraph (2) of this Article,

- a) das Recht, ihr Hoheitsgebiet ohne Landung zu überfliegen,
- b) das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet zu nichtgewerblichen Zwecken zu landen,

- a) the right to fly across its territory without landing;
- b) the right to land in its territory for non-traffic purposes and

c) das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet an den genannten Punkten auf den nach Absatz 2 festgelegten Linien zu landen, um Fluggäste, Post und/oder Fracht gewerblich aufzunehmen und abzusetzen.

(2) Die Linien, auf denen die bezeichneten Unternehmen der Vertragsparteien internationalen Fluglinienverkehr betreiben können, werden in einem Fluglinienplan durch **Notenwechsel** zwischen den Regierungen der Vertragsparteien festgelegt.

(3) Nach Absatz 1 wird den bezeichneten Unternehmen einer Vertragspartei nicht das Recht gewährt, im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Fluggäste, Fracht oder Post gewerblich aufzunehmen und gegen Entgelt an einen anderen Ort innerhalb des Hoheitsgebiets dieser anderen Vertragspartei zu befördern.

Artikel 3

Erforderliche Genehmigungen

(1) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien kann jederzeit aufgenommen werden, wenn

- a) die Vertragspartei, der die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechte gewährt sind, ein oder mehrere Unternehmen schriftlich bezeichnet hat und
- b) die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, dem oder den bezeichneten Unternehmen die Genehmigung erteilt hat, den Fluglinienverkehr zu eröffnen.

(2) Die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, erteilt vorbehaltlich der Absätze 3 und 4 dieses Artikels und vorbehaltlich des Artikels 9 unverzüglich die Genehmigung zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs.

(3) Eine Vertragspartei kann von jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei den Nachweis verlangen, daß es in der Lage ist, den Erfordernissen zu entsprechen, die nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften der erstgenannten Vertragspartei für den Betrieb des internationalen Luftverkehrs zu erfüllen sind.

(4) Eine Vertragspartei kann einem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei die Ausübung der in Artikel 2 gewährten Rechte verweigern, wenn das Unternehmen auf Verlangen nicht den Nachweis erbringen kann, daß ein wesentlicher Teil des Eigentums an dem Unternehmen und seine tatsächliche Kontrolle Staatsangehörigen oder Körperschaften der anderen Vertragspartei oder dieser selbst zustehen.

(5) Eine Vertragspartei kann die nach Absatz 2 erteilte Genehmigung widerrufen oder durch Auflagen einschränken, wenn ein bezeichnetes Unternehmen die Gesetze oder sonstigen Vorschriften der die Rechte gewährenden Vertragspartei oder die Bestimmungen dieses Abkommens nicht einhält oder die daraus sich ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllt. Das gleiche gilt, wenn der Nachweis nach Absatz 4 nicht erbracht wird. Von diesem Recht macht eine Vertragspartei nur nach einer Konsultation nach Artikel 14 Gebrauch, es sei denn, daß zur Vermeidung weiterer Verstöße gegen Gesetze oder sonstige Vorschriften eine sofortige Einstellung des Betriebs oder sofortige Auflagen erforderlich sind.

Artikel 4

Gebühren für die Benutzung der Flughäfen und anderer Luftfahrteinrichtungen

Die Gebühren, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei für die Benutzung der Flughäfen und anderer Luftfahrteinrichtungen durch die Luftfahrzeuge jedes bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei erhoben werden, dürfen nicht höher sein als die Gebühren, die für Luftfahrzeuge eines inländischen Unternehmens in ähnlichem internationalen Fluglinienverkehr erhoben werden.

c) the right to land in its territory at the points named on the routes specified in accordance with paragraph (2) of this Article, in order to take on or discharge passengers, mail and/or cargo on a commercial basis.

(2) The routes over which the designated airlines of the Contracting Parties will be authorized to operate international air services shall be specified in a Route Schedule to be agreed upon in an exchange of notes between the Governments of the Contracting Parties.

(3) Nothing in paragraph (1) of this Article shall be deemed to confer on any designated airline of either Contracting Party the privilege of taking up, in the territory of the other Contracting Party, passengers, cargo or mail carried for remuneration or hire and destined for another point in the territory of that other Contracting Party.

Article 3

Necessary Authorizations

(1) The international air services on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement may be started at any time, provided

- a) the Contracting Party to whom the rights specified in paragraph (1) of Article 2 of the present Agreement are granted, has designated one or more airlines in writing, and
- b) the Contracting Party granting these rights has authorized the designated airline or airlines to initiate the air services.

(2) The Contracting Party granting these rights shall, subject to the provisions of paragraphs (3) and (4) of this Article and subject to the provisions of Article 9 of the present Agreement, give without delay the said authorization to operate the international air service.

(3) Each Contracting Party may require any airline designated by the other Contracting Party to satisfy it that it is qualified to meet the requirements prescribed under the laws and regulations of the first Contracting Party governing the operation of international air traffic.

(4) Each Contracting Party may withhold the exercise of the rights provided for in Article 2 of the present Agreement from any airline designated by the other Contracting Party if such airline is not able to prove upon request that substantial ownership and effective control of such airline are vested in nationals or corporations of the other Contracting Party or in that Party itself.

(5) Each Contracting Party may revoke, or limit by the imposition of conditions, the authorization granted in accordance with paragraph (2) of this Article in the event of failure by a designated airline to comply with the laws and regulations of the Contracting Party granting the rights or to comply with the provisions of the present Agreement or to fulfil the obligations arising therefrom. This shall also apply if the proof referred to in paragraph (4) of this Article is not furnished. Each Contracting Party shall exercise this right only after consultation as provided for in Article 14 of the present Agreement, unless an immediate suspension of operations or imposition of conditions is necessary to avoid further infringements of laws or regulations.

Article 4

Charges for the Use of Airports and Other Aviation Facilities

The charges imposed in the territory of either Contracting Party for the use of airports and other aviation facilities by the aircraft of any designated airline of the other Contracting Party shall not be higher than those imposed on aircraft of a national airline engaged in similar international air services.

Artikel 5**Zölle und sonstige Abgaben**

(1) Die von jedem bezeichneten Unternehmen der einen Vertragspartei verwendeten Luftfahrzeuge, die in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einfliegen und aus ihm wieder ausfliegen oder es durchfliegen, einschließlich der an Bord befindlichen Treibstoffe, Schmieröle, Ersatzteile, üblichen Ausrüstungsgegenstände und Bordvorräte, bleiben frei von Zöllen und sonstigen bei der Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben. Das gilt auch für an Bord der Luftfahrzeuge befindliche Waren, die auf dem Flug über dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei verbraucht werden.

(2) Treibstoffe, Schmieröle, Bordvorräte, Ersatzteile und übliche Ausrüstungsgegenstände, die in das Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei vorübergehend eingeführt werden, um dort unmittelbar oder nach Lagerung in die Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei eingebaut oder sonst an Bord genommen zu werden oder aus dem Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei auf andere Weise wieder ausgeführt zu werden, bleiben frei von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben. Werbematerial und Beförderungsdokumente jedes bezeichneten Unternehmens der einen Vertragspartei bleiben in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften jeder Vertragspartei bei der Einfuhr in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ebenfalls von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben frei.

(3) Treibstoffe und Schmieröle, die im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei an Bord der Luftfahrzeuge jedes bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei genommen und im internationalen Fluglinienverkehr verwendet werden, bleiben frei von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben und von etwaigen besonderen Verbrauchsabgaben.

(4) Eine Vertragspartei kann die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Waren unter Zollüberwachung halten.

(5) Soweit für die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Waren Zölle und sonstige Abgaben nicht erhoben werden, unterliegen diese Waren nicht den sonst für sie geltenden wirtschaftlichen Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten und -beschränkungen.

(6) Jede Vertragspartei gewährt für Gegenstände und Dienstleistungen, die jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei geliefert bzw. erbracht und für Zwecke seines Geschäftsbetriebs verwendet werden, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit eine Entlastung von der Umsatzsteuer oder von ähnlichen indirekten Steuern. Die Steuerentlastung kann durch eine Befreiung oder Erstattung erfolgen.

Artikel 6**Transfer von Einkünften**

Jede Vertragspartei gewährt jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, die im Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei über die Ausgaben hinaus erzielten Einnahmen nach seiner Hauptgeschäftsstelle zu transferieren. Das Transferverfahren muß den Devisengesetzen und -bestimmungen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Einkünfte erzielt wurden, entsprechen. Dieses Verfahren darf jedoch nicht zu einer Verringerung des Transferwerts oder zu einer ungebührlichen Verzögerung führen.

Artikel 7**Regelungen über das Beförderungsangebot**

(1) Den bezeichneten Unternehmen der Vertragsparteien wird in billiger und gleicher Weise Gelegenheit gegeben, den Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien zu betreiben.

(2) Beim Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien nimmt jedes bezeich-

Article 5**Customs Duties and Other Charges**

(1) Aircraft operated by any designated airline of either Contracting Party and entering, departing again from, or flying across the territory of the other Contracting Party, as well as fuel, lubricants, spare parts, regular equipment and aircraft stores on board such aircraft, shall be exempt from customs duties and other charges levied on the occasion of importation, exportation or transit of goods. This shall also apply to goods on board the aircraft consumed during the flight across the territory of the latter Contracting Party.

(2) Fuel, lubricants, aircraft stores, spare parts and regular equipment, temporarily imported into the territory of either Contracting Party, to be immediately or after storage installed in or otherwise taken on board the aircraft of a designated airline of the other Contracting Party, or to be otherwise exported again from the territory of the former Contracting Party, shall be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph (1) of this Article. Advertising materials and transport documents of any designated airline of one Contracting Party shall, on the occasion of importation into the territory of the other Contracting Party, likewise be exempt in accordance with the provisions of the laws and regulations in force of each Contracting Party from the customs duties and other charges mentioned in paragraph (1) of this Article.

(3) Fuel and lubricants taken on board the aircraft of any designated airline of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party and used in international air services shall be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph (1) of this Article, as well as from any other special consumption charges.

(4) Each Contracting Party may keep the goods mentioned in paragraphs (1) to (3) of this Article under customs supervision.

(5) To the extent that no duties or other charges are imposed on goods mentioned in paragraphs (1) to (3) of this Article, such goods shall not be subject to any economic prohibitions or restrictions on importation, exportation or transit that may otherwise be applicable.

(6) Each Contracting Party shall, on a reciprocal basis, grant relief from turnover tax or similar indirect taxes on goods and services supplied to any airline designated by the other Contracting Party and used for the purposes of its business. The tax relief may take the form of an exemption or a refund.

Article 6**Transfer of Revenues**

Each Contracting Party shall grant to any designated airline of the other Contracting Party the right to remit to its head office the excess over expenditure of receipts earned in the territory of the first Contracting Party. The procedure for such remittances shall be in accordance with the foreign exchange laws and regulations of the Contracting Party in the territory of which the revenues accrued. This procedure, however, may not lead to a reduction of the value of the remittance or to an undue delay.

Article 7**Capacity Regulations**

(1) There shall be fair and equal opportunity for the designated airlines of each Contracting Party to operate air services on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement.

(2) In the operation of international air services on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of the

nete Unternehmen einer Vertragspartei auf die Interessen jedes bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei Rücksicht, damit der von diesen Unternehmen auf den gleichen Linien oder Teilen derselben betriebene Fluglinienverkehr nicht ungebührlich beeinträchtigt wird.

(3) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien dient vor allem dazu, ein Beförderungsangebot bereitzustellen, das der voraussehbaren Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei entspricht, welche die Unternehmen bezeichnet hat. Das Recht dieser Unternehmen, Beförderungen zwischen den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelegenen Punkten einer nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linie und Punkten in dritten Staaten auszuführen, wird im Interesse einer geordneten Entwicklung des internationalen Luftverkehrs so ausgeübt, daß das Beförderungsangebot angepaßt ist

- a) an die Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, welche die Unternehmen bezeichnet hat,
- b) an die in den durchflogenen Gebieten bestehende Verkehrsnachfrage unter Berücksichtigung des örtlichen und regionalen Fluglinienverkehrs,
- c) an die Erfordernisse eines wirtschaftlichen Betriebs der Fluglinien des Durchgangsverkehrs.

(4) Um eine billige und gleiche Behandlung der bezeichneten Unternehmen zu erzielen, werden die Luftfahrtbehörden beider Vertragsparteien die Frequenz der Flugdienste, die vorgesehenen Luftfahrzeugmuster hinsichtlich ihrer Kapazität sowie die Flugpläne nach den Grundsätzen der Absätze 1 bis 3 vereinbaren.

Artikel 8

Vorlage von Flugplänen und Austausch von Statistiken

(1) Die bezeichneten Unternehmen legen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien spätestens neunzig Tage vor Aufnahme des Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien die Art der Dienste, die vorgesehenen Luftfahrzeugmuster und die Flugpläne zur Genehmigung vor. Entsprechendes gilt für jeden späteren Flugplan. Im Fall späterer Änderungen kann der obige Zeitraum von den Luftfahrtbehörden verkürzt werden.

(2) Die Luftfahrtbehörde der einen Vertragspartei stellt der Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei auf Ersuchen alle regelmäßigen oder sonstigen statistischen Unterlagen der bezeichneten Unternehmen zur Verfügung, die vernünftigerweise angefordert werden können, um das von jedem bezeichneten Unternehmen der erstgenannten Vertragspartei auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien bereitgestellte Beförderungsangebot zu überprüfen. Diese Unterlagen müssen alle Angaben enthalten, die zur Feststellung des Umfangs sowie der Herkunft und Bestimmung des Verkehrs erforderlich sind.

Artikel 9

Tarife

(1) Die Tarife, die von einem bezeichneten Unternehmen auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien für Fluggäste angewendet werden, bedürfen der Genehmigung durch die Luftfahrtbehörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der Abgangspunkt der Flugreise (gemäß Angabe in den Beförderungsdokumenten) liegt.

(2) Die bezeichneten Unternehmen berücksichtigen in ihren Tarifen die Betriebskosten, einen angemessenen Gewinn, die bestehenden Wettbewerbs- und Marktbedingungen sowie die Interessen der Nutzer. Die zuständige Luftfahrtbehörde darf die Erteilung der Genehmigung nur dann ablehnen, wenn ein Tarif diesen Kriterien nicht entspricht.

(3) Die bezeichneten Unternehmen legen den Luftfahrtbehörden die Tarife spätestens dreißig Tage vor dem vorgesehenen ersten Anwendungstag zur Genehmigung vor.

present Agreement, any designated airline of either Contracting Party shall take account of the interests of any designated airline of the other Contracting Party so as not to affect unduly the air services which the latter airline operates over the same routes or parts thereof.

(3) The international air services on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement shall have as their primary objective the provision of capacity adequate to the foreseeable traffic demand to and from the territory of the Contracting Party designating the airlines. The right of such airlines to carry traffic between points of a route specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement which are located in the territory of the other Contracting Party and points in third countries shall be exercised, in the interests of an orderly development of international air transport, in such a way that capacity is related to:

- a) the traffic demand to and from the territory of the Contracting Party designating the airlines;
- b) the traffic demand existing in the areas through which the air services pass, taking account of local and regional air services;
- c) the requirements of an economical operation of through traffic routes.

(4) In order that the designated airlines may be afforded fair and equal treatment, the aeronautical authorities of the two Contracting Parties shall agree according to the principles contained in the above paragraphs upon the frequency of their services, the types of aircraft to be used with regard to their capacity, as well as the flight schedules.

Article 8

Filing of Schedules and Exchange of Statistics

(1) The designated airlines shall submit for approval to the aeronautical authorities of the Contracting Parties not later than ninety days prior to the initiation of air services on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement the type of service, the types of aircraft to be used and the flight schedules. The same applies to every future schedule. In the case of later changes, the aforementioned period may be reduced by the aeronautical authorities.

(2) The aeronautical authorities of either Contracting Party shall furnish to the aeronautical authorities of the other Contracting Party at their request such periodic or other statistical data of the designated airlines as may be reasonably required for the purpose of reviewing the capacity provided by any designated airline of the first Contracting Party on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement. Such data shall include all information required to determine the amount of traffic carried and the origins and destinations of such traffic.

Article 9

Tariffs

(1) The tariffs to be charged by a designated airline for passengers on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement shall be subject to approval by the aeronautical authorities of the Contracting Party in whose territory the point of departure of the journey (according to the information in the transport documents) is situated.

(2) In their tariffs, the designated airlines shall take into account the cost of operation, a reasonable profit, the prevailing conditions of competition and of the market as well as the interests of transport users. The competent aeronautical authorities may refuse to approve a tariff, only if it does not comply with these criteria.

(3) The tariffs shall be submitted by the designated airlines to the aeronautical authorities for approval not later than thirty days prior to the envisaged date of their introduction.

(4) Ist die Luftfahrtbehörde einer Vertragspartei mit einem ihr zur Genehmigung vorgelegten Tarif nicht einverstanden, so unterrichtet sie das betroffene Unternehmen innerhalb von einundzwanzig Tagen nach dem Tag der Vorlage des Tarifs. Der Tarif darf in diesem Fall nicht angewendet werden. Anzuwenden ist weiterhin der bisherige Tarif, der durch den neuen Tarif ersetzt werden sollte.

Artikel 10

Gewerbliche Tätigkeiten

(1) Jede Vertragspartei gewährt jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei auf der Grundlage der Gegenseitigkeit das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet Niederlassungen sowie Verwaltungs-, kaufmännisches und technisches Personal zu unterhalten, soweit sie von dem bezeichneten Unternehmen benötigt werden.

(2) Bei der Einrichtung der Niederlassungen und der Beschäftigung des Personals nach Absatz 1 sind die Gesetze und sonstigen Vorschriften der betreffenden Vertragspartei, wie die Gesetze und sonstigen Vorschriften über die Einreise von Ausländern und ihren Aufenthalt im Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei, einzuhalten. Das in den Niederlassungen nach Absatz 1 beschäftigte Personal benötigt jedoch keine Arbeitserlaubnis.

(3) Jede Vertragspartei gewährt jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei auf der Grundlage der Gegenseitigkeit das Recht der Selbstabfertigung von Fluggästen, Gepäck, Fracht und Post. Dieses Recht schließt den den Flughäfen vorbehaltenen Bereich der luftseitigen Bodenverkehrsdienste (Verkehrsabfertigung der Luftfahrzeuge) nicht ein.

(4) Jede Vertragspartei gewährt jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, seine Beförderungsleistungen auf eigenen Beförderungsdokumenten unmittelbar in eigenen Verkaufsräumen sowie durch seine Agenten im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei an jeden Kunden in jeder Währung zu verkaufen.

Artikel 11

Luftsicherheit

(1) In Übereinstimmung mit ihren völkerrechtlichen Rechten und Pflichten bekräftigen die Vertragsparteien ihre gegenseitige Verpflichtung, die Sicherheit der Zivilluftfahrt vor widerrechtlichen Eingriffen zu schützen. Ohne den allgemeinen Charakter ihrer völkerrechtlichen Rechte und Pflichten einzuschränken, handeln die Vertragsparteien insbesondere im Einklang mit dem am 14. September 1963 in Tokyo unterzeichneten Abkommen über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen, dem am 16. Dezember 1970 in Den Haag unterzeichneten Übereinkommen zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, dem am 23. September 1971 in Montreal unterzeichneten Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt und dem am 24. Februar 1988 in Montreal unterzeichneten Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen, in Ergänzung des am 23. September 1971 in Montreal beschlossenen Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt.

(2) Die Vertragsparteien gewähren einander auf Ersuchen jede erforderliche Unterstützung, um die widerrechtliche Inbesitznahme ziviler Luftfahrzeuge und andere widerrechtliche Handlungen gegen die Sicherheit solcher Luftfahrzeuge, ihrer Fluggäste und Besatzung, von Flughäfen und Flugnavigationseinrichtungen sowie jede sonstige Bedrohung der Sicherheit der Zivilluftfahrt zu verhindern.

(3) Wird ein ziviles Luftfahrzeug widerrechtlich in Besitz genommen oder werden sonstige widerrechtliche Eingriffe gegen die Sicherheit eines solchen Luftfahrzeugs, seiner Fluggäste und Besatzung sowie gegen die Sicherheit von Flughäfen oder Flugnavigationseinrichtungen begangen oder angedroht, so unterstüt-

(4) If the aeronautical authorities of either Contracting Party do not consent to a tariff submitted for their approval, they shall inform the airline concerned within twenty-one days after the date of submission of the tariff. In such case, this tariff shall not be applied. The tariff applied up to that time which was to be replaced by the new tariff shall continue to be applied.

Article 10

Commercial Activities

(1) Each Contracting Party shall, on a reciprocal basis, grant to any designated airline of the other Contracting Party the right to maintain in its territory such offices and administrative, commercial and technical personnel as are needed by the designated airline.

(2) The establishment of the offices and the employment of the personnel referred to in paragraph (1) of this Article shall be subject to the laws and regulations of the Contracting Party concerned, such as the laws and regulations relating to the admission of foreigners and their stay in the territory of the Contracting Party concerned. The personnel employed in the offices according to paragraph (1) of this Article shall not, however, require a work permit.

(3) Each Contracting Party shall, on a reciprocal basis, grant to any designated airline of the other Contracting Party the right of self-handling of passengers, baggage, cargo and mail. This right does not include air-side ground handling services (aircraft ground handling), which remain the prerogative of the airport operators.

(4) Each Contracting Party shall grant to any designated airline of the other Contracting Party the right to sell its transport services on its own transport documents directly in its own sales offices and through its agents in the territory of the other Contracting Party to any customer in any currency.

Article 11

Aviation Security

(1) Consistent with their rights and obligations under international law, the Contracting Parties reaffirm their obligation to each other to protect the security of civil aviation against acts of unlawful interference. Without limiting the generality of their rights and obligations under international law, the Contracting Parties shall in particular act in conformity with the provisions of the Convention on Offences and Certain Other Acts Committed on Board Aircraft, signed at Tokyo on 14 September 1963, the Convention for the Suppression of Unlawful Seizure of Aircraft, signed at The Hague on 16 December 1970, the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Civil Aviation, signed at Montreal on 23 September 1971, and the Protocol for the Suppression of Unlawful Acts of Violence at Airports Serving International Civil Aviation, Supplementary to the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Civil Aviation, Done at Montreal on 23 September 1971, signed at Montreal on 24 February 1988.

(2) The Contracting Parties shall provide upon request all necessary assistance to each other to prevent acts of unlawful seizure of civil aircraft and other acts of unlawful interference against the safety of such aircraft, their passengers and crew, airports and air navigation facilities, and any other threat to the security of civil aviation.

(3) When an incident or threat of an incident of unlawful seizure of civil aircraft or other acts of unlawful interference against the safety of such aircraft, their passengers and crew, airports or air navigation facilities occurs, the Contracting Parties shall, in mutual consultations, assist each other by facilitating communications

zen die Vertragsparteien einander in gegenseitigen Konsultationen durch Erleichterung des Fernmeldeverkehrs und sonstige geeignete Maßnahmen, um solche Vorfälle oder solche Bedrohungen so rasch zu beenden, wie dies bei möglichst geringer Gefährdung von Leben durchführbar ist.

(4) Jede Vertragspartei trifft alle ihr durchführbar erscheinenden Maßnahmen, um sicherzustellen, daß ein Luftfahrzeug, das widerrechtlich in Besitz genommen wurde oder hinsichtlich dessen andere widerrechtliche Eingriffe vorgenommen wurden und das sich in ihrem Hoheitsgebiet am Boden befindet, dort festgehalten wird, sofern nicht sein Abflug aufgrund der vordringlichen Verpflichtung zum Schutz des Lebens der Besatzung und der Fluggäste erforderlich wird. Diese Maßnahmen sollten, soweit durchführbar, auf der Grundlage gegenseitiger Konsultationen getroffen werden.

(5) Die Vertragsparteien handeln in ihren gegenseitigen Beziehungen im Einklang mit den Luftsicherheitsvorschriften, die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation festgelegt und zu Anhängen des Zivilluftfahrt-Abkommens bestimmt werden, soweit diese Sicherheitsvorschriften auf die Vertragsparteien anwendbar sind; sie verlangen, daß die Halter von in ihr Register eingetragenen Luftfahrzeugen und die Luftfahrzeughalter, die ihren Hauptgeschäftssitz oder ihren ständigen Aufenthalt in ihrem Hoheitsgebiet haben, sowie die Betreiber von Flughäfen in ihrem Hoheitsgebiet im Einklang mit diesen Luftsicherheitsvorschriften handeln.

(6) Jede Vertragspartei erklärt sich damit einverstanden, daß von diesen Luftfahrzeughaltern verlangt werden kann, die in Absatz 5 genannten Sicherheitsvorschriften einzuhalten, die von der anderen Vertragspartei für den Einflug in ihr Hoheitsgebiet, den Ausflug aus ihrem Hoheitsgebiet oder den Aufenthalt in ihrem Hoheitsgebiet festgelegt wurden. Jede Vertragspartei gewährleistet, daß in ihrem Hoheitsgebiet Maßnahmen zum Schutz von Luftfahrzeugen und zur Durchleuchtung von Fluggästen, Besatzung und Handgepäck sowie zur Durchführung angemessener Sicherheitskontrollen bei Gepäck, Fracht und Bordvorräten vor und bei dem Einsteigen oder Beladen wirksam angewendet werden. Jede Vertragspartei wird jedes Ersuchen der anderen Vertragspartei um vernünftige besondere Sicherheitsmaßnahmen zur Abwendung einer bestimmten Bedrohung wohlwollend prüfen.

(7) Weicht eine Vertragspartei von den Luftsicherheitsvorschriften dieses Artikels ab, so kann die Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei um sofortige Konsultationen mit der Luftfahrtbehörde der erstgenannten Vertragspartei ersuchen. Kommt innerhalb von dreißig Tagen nach dem Datum dieses Ersuchens eine zufriedenstellende Einigung nicht zustande, so ist dies ein Grund, die Betriebsgenehmigung eines oder mehrerer Luftfahrtunternehmen der erstgenannten Vertragspartei vorzuenthalten, zu widerrufen, einzuschränken oder mit Auflagen zu versehen. Wenn eine ernste Notlage dies erfordert, kann eine Vertragspartei vor Ablauf dieser dreißig Tage vorläufige Maßnahmen treffen.

Artikel 12

Einreise und Kontrolle der Reisedokumente

(1) Eine Vertragspartei gestattet in ihrem Hoheitsgebiet den bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei die Durchführung von Maßnahmen, die gewährleisten sollen, daß nur Personen mit den für die Einreise in oder die Durchreise durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erforderlichen Reisedokumenten befördert werden.

(2) Jede Vertragspartei nimmt eine Person, die an ihrem Zielort zurückgewiesen wurde, nachdem dort festgestellt worden war, daß sie nicht einreiseberechtigt war, zum Zweck der Überprüfung auf, wenn sich diese Person vor ihrer Abreise nicht nur im unmittelbaren Transit im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei aufgehalten hat. Die Vertragsparteien weisen eine solche Person nicht in das Land zurück, in dem zuvor festgestellt worden ist, daß sie nicht einreiseberechtigt ist.

(3) Diese Bestimmung hindert die Behörden nicht daran, eine zurückgewiesene, nicht einreiseberechtigte Person einer weiteren Überprüfung zu unterziehen, um festzustellen, ob sie schließlich

and other appropriate measures intended to terminate as rapidly as commensurate with minimum risk to life such incident or threat thereof.

(4) Each Contracting Party shall take measures, as it may find practicable, to ensure that an aircraft subjected to an act of unlawful seizure or other acts of unlawful interference which is on the ground in its territory is detained on the ground unless its departure is necessitated by the overriding duty to protect the lives of its crew and passengers. Wherever practicable, such measures shall be taken on the basis of mutual consultations.

(5) The Contracting Parties shall, in their mutual relations, act in conformity with the aviation security provisions established by the International Civil Aviation Organization and designated as Annexes to the Convention to the extent that such security provisions are applicable to the Contracting Parties; they shall require that operators of aircraft of their registry or operators of aircraft who have their principal place of business or permanent residence in their territory and the operators of airports in their territory act in conformity with such aviation security provisions.

(6) Each Contracting Party agrees that such operators of aircraft may be required to observe the aviation security provisions referred to in paragraph (5) of this Article required by the other Contracting Party for entry into, departure from, or while within, the territory of that other Contracting Party. Each Contracting Party shall ensure that measures are effectively applied within its territory to protect the aircraft and to screen passengers, crew and carry-on items and to carry out appropriate security checks on baggage, cargo and aircraft stores prior to and during boarding or loading. Each Contracting Party shall look favourably on any request from the other Contracting Party for reasonable special security measures to meet a particular threat.

(7) Should a Contracting Party depart from the aviation security provisions of this Article, the aeronautical authorities of the other Contracting Party may request immediate consultations with the aeronautical authorities of the former Contracting Party. Failure to reach a satisfactory agreement within thirty days of the date of such request shall constitute grounds for withholding, revoking, limiting or imposing conditions on the operating authorization of an airline or airlines of the former Contracting Party. If required by a serious emergency, either Contracting Party may take interim action prior to the expiry of the above mentioned thirty days.

Article 12

Immigration and Control of Travel Documents

(1) Either Contracting Party shall permit, in its territory, the designated airlines of the other Contracting Party to take measures to ensure that only persons with the travel documents required for entry into or transit through the territory of the other Contracting Party are carried.

(2) Either Contracting Party shall accept for examination a person being returned from his point of disembarkation after having been found inadmissible if this person previously stayed in its territory before embarkation, other than in direct transit. A Contracting Party shall not return such a person to the country where he was earlier found to be inadmissible.

(3) This provision is not intended to prevent public authorities from further examining a returned inadmissible person to determine his eventual acceptability in the State or make arrangements

in dem Staat aufgenommen werden kann, oder um Vorkehrungen für ihre Weiterbeförderung, Entfernung oder Abschiebung in einen Staat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder in dem sie aus anderen Gründen Aufnahme finden kann, zu treffen. Hat eine Person, von der festgestellt worden ist, daß sie nicht einreiseberechtigt ist, ihre Reisedokumente verloren oder zerstört, so erkennt eine Vertragspartei statt dessen ein von den Behörden der Vertragspartei, bei der festgestellt wurde, daß die Person nicht einreiseberechtigt ist, ausgestelltes Dokument an, das die Umstände von Abflug und Ankunft bestätigt.

Artikel 13

Meinungsaustausch

Zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien findet nach Bedarf ein Meinungsaustausch statt, um eine enge Zusammenarbeit und eine Verständigung in allen die Anwendung dieses Abkommens berührenden Angelegenheiten herbeizuführen.

Artikel 14

Konsultationen

Zur Erörterung von Änderungen dieses Abkommens oder des Fluglinienplans oder von Auslegungsfragen kann eine Vertragspartei jederzeit eine Konsultation beantragen. Das gilt auch für Erörterungen über die Anwendung des Abkommens, wenn nach Ansicht einer Vertragspartei ein Meinungsaustausch nach Artikel 13 kein zufriedenstellendes Ergebnis erbracht hat. Die Konsultation beginnt binnen sechzig Tagen nach Eingang des Antrags bei der anderen Vertragspartei.

Artikel 15

Beilegung von Streitigkeiten

(1) Soweit eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder die Anwendung dieses Abkommens nicht nach Artikel 14 beigelegt werden kann, wird sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Vorsitzenden einigen, der von den Regierungen der Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von sechzig Tagen, der Vorsitzende innerhalb von neunzig Tagen bestellt, nachdem eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(3) Werden die in Absatz 2 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung eine Vertragspartei den Präsidenten des Rates der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident, der ihn vertritt, die Ernennungen vornehmen.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für beide Vertragsparteien bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 16

Einhaltung mehrseitiger Übereinkommen

Tritt ein von den Vertragsparteien angenommenes allgemeines mehrseitiges Luftverkehrsübereinkommen in Kraft, so gehen dessen Bestimmungen vor. Erörterungen über die Feststellung, inwie-

for his transfer, removal or deportation to a State of which he is a national or where he is otherwise acceptable. Where a person who has been found to be inadmissible has lost or destroyed his travel documents, a Contracting Party shall accept instead a document attesting to the circumstances of embarkation and arrival issued by the public authorities of the Contracting Party where the person was found to be inadmissible.

Article 13

Exchange of Views

Exchanges of views shall take place as needed between the aeronautical authorities of the Contracting Parties in order to achieve close cooperation and agreement in all matters pertaining to the application of the present Agreement.

Article 14

Consultations

Consultation may be requested at any time by either Contracting Party for the purpose of discussing amendments to the present Agreement or to the Route Schedule or questions relating to interpretation. The same applies to discussions concerning the application of the present Agreement if either Contracting Party considers that an exchange of views within the meaning of Article 13 of the present Agreement has not produced any satisfactory results. Such consultation shall begin within sixty days from the date of receipt by the other Contracting Party of any such request.

Article 15

Settlement of Disputes

(1) To the extent that any disagreement concerning the interpretation or application of the present Agreement cannot be settled in accordance with Article 14 of the present Agreement, it shall be submitted to an arbitral tribunal at the request of either Contracting Party.

(2) Such arbitral tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within sixty days, and such chairman within ninety days, from the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party of its intention to submit the disagreement to an arbitral tribunal.

(3) If the periods specified in paragraph (2) of this Article have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other relevant arrangement, invite the President of the Council of the International Civil Aviation Organization (ICAO) to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging this function, the Vice-president deputizing for him should make the necessary appointments.

(4) The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding on both Contracting Parties. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member as well as of its representation in the arbitral proceedings; the cost of the chairman and any other costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

Article 16

Compliance with Multilateral Conventions

In the event of a general multilateral air transport convention accepted by the Contracting Parties entering into force, the provisions of such convention shall prevail. Any discussions with a view

weit ein mehrseitiges Übereinkommen dieses Abkommen aufhebt, ersetzt, ändert oder ergänzt, finden nach Artikel 14 statt.

to determining the extent to which the present Agreement is terminated, superseded, amended or supplemented by the provisions of the multilateral convention, shall take place in accordance with Article 14 of the present Agreement.

Artikel 17

Registrierung

Dieses Abkommen, alle seine Änderungen und jeder Notenwechsel nach Artikel 2 Absatz 2 werden der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) zur Registrierung übermittelt.

Article 17

Registration

The present Agreement, any amendments to it and any exchange of notes under paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement shall be communicated to the International Civil Aviation Organization (ICAO) for registration.

Artikel 18

Inkrafttreten, Geltungsdauer, Kündigung

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen der Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Eine Vertragspartei kann die andere Vertragspartei jederzeit schriftlich von ihrer Absicht in Kenntnis setzen, das Abkommen zu beenden. In diesem Fall tritt das Abkommen ein Jahr nach Eingang der Mitteilung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft, sofern nicht die Kündigung vor Ablauf dieser Zeit durch Vereinbarung zurückgenommen wird.

Article 18

Entry into Force, Duration, Termination

(1) The present Agreement shall enter into force one month from the date on which the Governments of the Contracting Parties have notified each other that the constitutional requirements for the entry into force of the present Agreement have been fulfilled.

(2) The present Agreement shall be concluded for an unlimited period. Either Contracting Party may at any time give written notice to the other Contracting Party of its intention to terminate the present Agreement. In such case the present Agreement shall terminate one year after the date on which the notice was received by the other Contracting Party unless the notice to terminate is withdrawn by agreement before the expiry of this period.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto, have signed the present Agreement.

Geschehen zu Bonn am 7. März 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher, koreanischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des koreanischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Done at Bonn on 7 March 1995 in duplicate in the German, Korean and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Korean texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Kinkel

Für die Republik Korea
For the Republic of Korea
Gong Ro Myung

In einer

**Vereinbarten Niederschrift
vom 25. Januar 1995**

haben die Delegationen unter den Nummern 6 und 7 folgende Vereinbarungen im Hinblick auf Artikel 5 Abs. 2 und Artikel 10 Abs. 3 des abgestimmten Luftverkehrsabkommens getroffen:

„6. Zu Artikel 5 Abs. 2 des Abkommens:

In bezug auf die Befreiung von Werbematerial und Beförderungsdokumenten besteht Übereinstimmung darüber, daß die zuständigen Behörden jeder Vertragspartei den Grundsatz der Gegenseitigkeit anwenden können, wenn die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften ungünstige Auswirkungen auf die von der anderen Vertragspartei bezeichneten Luftfahrtunternehmen haben.

7. Zu Artikel 10 Abs. 3 des Abkommens:

Die Selbstabfertigung kann nicht durchgeführt werden, solange ein physischer Raummangel im Flughafen besteht. Bei der Erlangung des für die Selbstabfertigung benötigten Raumes werden die bezeichneten Luftfahrtunternehmen der anderen Vertragspartei, sobald in der Zukunft Raum verfügbar wird, genauso behandelt wie Luftfahrtunternehmen von Drittländern (Meistbegünstigung).“

“6. As to Article 5 para. 2 of the Agreement:

Concerning the exemption of advertising materials and transport documents, it is understood that the competent authorities of either Contracting Party may apply the principle of reciprocity if the laws and regulations in force in the territory of one Contracting Party have unfavourable effects on the airlines designated by the other Contracting Party.

7. As to Article 10 para. 3 of the Agreement:

The self-handling may not be realized as long as there is a physical constraint of space in the airport. In obtaining the space required for the self-handling, the designated airlines of the other Contracting Party shall be equally treated as third country airlines when space becomes available in the future (most favoured nation treatment).“

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 15. November 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Namibia
über den Luftverkehr**

Vom 24. April 1997

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Windhuk am 15. November 1995 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Namibia über den Luftverkehr wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 21 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 24. April 1997

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Namibia
über den Luftverkehr**

**Air Transport Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of Namibia**

Inhaltsübersicht**Contents**

| | |
|--|---|
| Präambel | Preamble |
| Artikel 1 Begriffsbestimmungen | Article 1 Definitions |
| Artikel 2 Gewährung von Verkehrsrechten | Article 2 Grant of Traffic Rights |
| Artikel 3 Bezeichnung und Betriebsgenehmigung | Article 3 Designation and Operating Authorization |
| Artikel 4 Suspendierung, Einschränkung oder Widerruf der Betriebsgenehmigung | Article 4 Suspension, Limitation or Revocation of Operating Authorization |
| Artikel 5 Anwendung von Gesetzen und sonstigen Vorschriften | Article 5 Application of Laws and Regulations |
| Artikel 6 Anerkennung von Zeugnissen und Erlaubnisscheinen | Article 6 Recognition of Certificates and Licences |
| Artikel 7 Gleichbehandlung bei den Gebühren | Article 7 Non-discrimination in respect of Charges |
| Artikel 8 Befreiung von Zöllen und sonstigen Abgaben | Article 8 Exemption from Customs Duties and other Charges |
| Artikel 9 Überweisung von Einkünften | Article 9 Transfer of Earnings |
| Artikel 10 Grundsätze für den Betrieb des vereinbarten Linienverkehrs | Article 10 Principles Governing the Operation of Agreed Services |
| Artikel 11 Übermittlung von Betriebsangaben und Statistiken | Article 11 Communication of Operating Information and Statistics |
| Artikel 12 Gewerbliche Tätigkeiten | Article 12 Commercial Activities |
| Artikel 13 Luftsicherheit | Article 13 Aviation Security |
| Artikel 14 Einreise und Kontrolle der Reisedokumente | Article 14 Immigration and Control of Travel Documents |
| Artikel 15 Meinungsaustausch und Konsultationen | Article 15 Exchange of Views and Consultations |
| Artikel 16 Beilegung von Streitigkeiten | Article 16 Settlement of Disputes |
| Artikel 17 Änderungen | Article 17 Amendments |
| Artikel 18 Mehrseitige Luftverkehrsübereinkommen | Article 18 Multilateral Air Transport Conventions or Agreements |
| Artikel 19 Registrierung bei der ICAO | Article 19 Registration with ICAO |
| Artikel 20 Frühere Abkommen | Article 20 Previous Agreements |
| Artikel 21 Inkrafttreten | Article 21 Entry into Force |
| Artikel 22 Geltungsdauer, Kündigung | Article 22 Duration, Termination |

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Namibia –

Vertragsparteien des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt, zur Unterzeichnung aufgelegt in Chicago am 7. Dezember 1944,

in dem Wunsch, in Ergänzung des genannten Abkommens ein Abkommen über die Einrichtung und den Betrieb des Fluglinienverkehrs zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus zu schließen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1 Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeuten, soweit sich aus dessen Wortlaut nichts anderes ergibt,

- a) „Zivilluftfahrt-Abkommen“ das am 7. Dezember 1944 in Chicago zur Unterzeichnung aufgelegte Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt einschließlich aller nach dessen Artikel 90 angenommenen Anhänge und aller Änderungen der Anhänge oder des Zivilluftfahrt-Abkommens selbst nach dessen Artikeln 90 und 94, soweit diese Anhänge und Änderungen für beide Vertragsparteien in Kraft getreten oder von ihnen ratifiziert worden sind;
- b) „Luftfahrtbehörde“ in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Verkehr, in bezug auf die Republik Namibia den für die Zivilluftfahrt zuständigen Minister oder in beiden Fällen jede Person oder Stelle, die zur Wahrnehmung einer bestimmten Aufgabe, auf die sich dieses Abkommen bezieht, ermächtigt ist;
- c) „Abkommen“ dieses Abkommen und jede nach seinem Artikel 17 angenommene Änderung des Abkommens;
- d) „bezeichnetes Unternehmen“ ein Luftfahrtunternehmen, das nach Artikel 3 bezeichnet und genehmigt worden ist;
- e) „Vertragsparteien“ die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Namibia, die Vertragsparteien dieses Abkommens sind.

(2) Die Begriffe „Hoheitsgebiet“, „Fluglinienverkehr“, „internationaler Fluglinienverkehr“, „Luftfahrtunternehmen“ und „Landung zu nichtgewerblichen Zwecken“ haben für die Anwendung dieses Abkommens die in den Artikeln 2 und 96 des Zivilluftfahrt-Abkommens festgelegte Bedeutung.

(3) Der Begriff „Tariff“ bedeutet den Preis, der für die internationale Beförderung von Fluggästen, Gepäck oder Fracht (ausgenommen Post) zu berechnen ist, und schließt folgendes ein:

- a) jeden Durchgangstarif oder Betrag, der für eine internationale Beförderung zu berechnen ist, die als solche vermarktet und verkauft wird, einschließlich derjenigen Durchgangstarife, die unter Verwendung von anderen Tarifen oder von Anschlußtarifen für eine Beförderung auf internationalen Streckenabschnitten oder auf inländischen Streckenabschnitten, die Teil des internationalen Streckenabschnitts sind, gebildet werden;
- b) die Provision, die für den Verkauf von Flugscheinen für die Beförderung von Fluggästen und deren Gepäck oder für die entsprechenden Maßnahmen bei der Beförderung von Fracht zu zahlen ist;
- c) die Bedingungen, nach denen sich die Anwendbarkeit des Tarifs oder des Beförderungspreises oder die Provisionszahlung richtet.

The Federal Republic of Germany
and
The Republic of Namibia,

Being Parties to the Convention on International Civil Aviation opened for signature at Chicago on 7 December 1944,

Desiring to conclude an Agreement, supplementary to the said Convention, for the purpose of establishing and operating air services between and beyond their respective territories,

Have agreed as follows:

Article 1 Definitions

(1) For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:

- (a) “the Convention” means the Convention on International Civil Aviation, opened for signature at Chicago on 7 December 1944, and includes any Annex adopted under Article 90 of that Convention and any amendment to the Annexes or Convention under Articles 90 and 94 thereof in so far as those Annexes and amendments have become effective for or have been ratified by both Contracting Parties;
- (b) “aeronautical authority” means, in the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Ministry of Transport; in the case of the Republic of Namibia the Minister responsible for Civil Aviation; or in both cases any person or body authorized to perform any particular function to which this Agreement relates;
- (c) “Agreement” means this Agreement and any amendment of this Agreement adopted in accordance with Article 17 of this Agreement;
- (d) “designated airline” means an airline which has been designated and authorized in accordance with Article 3 of this Agreement;
- (e) “Contracting Parties” mean the Federal Republic of Germany and the Republic of Namibia being Contracting Parties to this Agreement.

(2) “Territory”, “air service”, “international air service”, “airline” and “stop for non-traffic purposes” have, for the purposes of this Agreement, the meaning laid down in Articles 2 and 96 of the Convention.

(3) “Tariff” means the price to be charged for the international carriage of passengers, baggage or cargo (excluding mail) and comprises:

- (a) any through tariff or amount to be charged for international carriage, marketed and sold as such, including through tariffs constructed using other tariffs or add-ons for carriage over international sectors or domestic sectors forming part of the international sector;
- (b) the commission to be paid on the sales of tickets for the carriage of passengers and their baggage, or on the corresponding transactions for the carriage of cargo; and
- (c) the conditions that govern the applicability of the tariff, or the price for carriage, or the payment of commission.

Er umfaßt auch

- d) alle wesentlichen Leistungen, die in Verbindung mit der Beförderung erbracht werden;
- e) jeden Tarif für die als Zusatz zu einer internationalen Beförderung verkaufte Beförderung auf einem inländischen Streckenabschnitt, der für rein inländische Flüge nicht verfügbar ist und der nicht allen Beförderern im internationalen Verkehr und deren Kunden zu gleichen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden kann.

Artikel 2

Gewährung von Verkehrsrechten

(1) Eine Vertragspartei gewährt der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihres internationalen Fluglinienverkehrs folgende Rechte:

- a) das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ohne Landung zu überfliegen;
- b) in diesem Hoheitsgebiet zu nichtgewerblichen Zwecken zu landen.

(2) Jede Vertragspartei gewährt der anderen Vertragspartei die in diesem Abkommen für die Einrichtung und das Betreiben internationalen Fluglinienverkehrs auf den nach Absatz 3 festgelegten Linien aufgeführten Rechte. Dieser Verkehr und diese Linien werden im folgenden als „vereinbarter Linienvkehr“ und „festgelegte Linien“ bezeichnet. Die von jeder Vertragspartei bezeichneten Unternehmen haben beim Betrieb des vereinbarten Linienvverkehrs auf den festgelegten Linien das Recht, an den für diese Linie festgelegten Punkten in dem genannten Hoheitsgebiet zum Absetzen und zum Aufnehmen internationalen Personen-, Gepäck-, Fracht- und Postverkehrs zu landen.

(3) Die Linien, auf denen die bezeichneten Unternehmen der Vertragsparteien internationalen Fluglinienverkehr betreiben können, werden in einem Fluglinienplan, der von den Luftfahrtbehörden beschlossen und schriftlich niedergelegt wird, festgelegt.

(4) Nach Absatz 1 oder 2 wird den bezeichneten Unternehmen einer Vertragspartei nicht das Recht gewährt, im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Fluggäste, Gepäck, Fracht und Post aufzunehmen und gegen Entgelt an einen anderen Ort innerhalb des Hoheitsgebiets dieser anderen Vertragspartei zu befördern.

(5) Ist eines der bezeichneten Unternehmen einer Vertragspartei aufgrund eines bewaffneten Konflikts, schwerer politischer Unruhen oder ähnlicher Entwicklungen sowie aufgrund besonderer und ungewöhnlicher Umstände nicht in der Lage, Linienvkehr auf seinen üblichen Linien durchzuführen, so bemüht sich die andere Vertragspartei nach besten Kräften, die weitere Durchführung dieses Verkehrs durch eine entsprechende Änderung der Linien zu erleichtern, einschließlich der vorübergehenden Gewährung alternativer Rechte für den Zeitraum, der erforderlich ist, um vorbehaltlich der innerstaatlichen Voraussetzungen den weiteren Betrieb zu erleichtern.

(6) Im Sinne der Absätze 1 und 5 kann jede Vertragspartei die Linien, die von den Unternehmen der anderen Vertragspartei über ihrem Hoheitsgebiet einzuhalten sind, sowie die Flughäfen, die benutzt werden können, festlegen. Dieser Absatz hebt jedoch die Bestimmungen des Artikels 5 oder irgendeine vereinbarte Einschränkung des Betriebs des Fluglinienverkehrs im Rahmen dieses Abkommens nicht auf.

Artikel 3

Bezeichnung und Betriebsgenehmigung

(1) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 3 festgelegten Linien kann jederzeit aufgenommen werden, wenn

- a) die Vertragspartei, der die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechte gewährt werden, ein oder mehrere Unternehmen schriftlich bezeichnet hat,

It also includes:

- (d) any significant benefits provided in association with the carriage;
- (e) any tariff for carriage on a domestic sector which is sold as an adjunct to international carriage, which is not available for purely domestic travel and which is not made available on equal terms to all international carriers and users of their services.

Article 2

Grant of Traffic Rights

(1) Each Contracting Party grants to the other Contracting Party the following rights in respect of its scheduled international air services:

- (a) to fly without landing across the territory of the other Contracting Party; and
- (b) to make stops in the said territory for non-traffic purposes.

(2) Each Contracting Party grants to the other Contracting Party the rights specified in this Agreement for the purpose of establishing and operating scheduled international air services on the routes specified in accordance with paragraph 3 below. Such services and routes are hereinafter called "the agreed services" and the "specified routes" respectively. The airlines designated by each Contracting Party shall enjoy while operating the agreed services on the specified routes, the right to make stops in the said territory at the points specified for that route for the purpose of putting down and taking up international traffic in passengers, baggage, cargo and mail.

(3) The routes over which the designated airlines of the Contracting Parties will be authorized to operate international air services shall be specified in a Route Schedule as decided between the aeronautical authorities and expressed in writing.

(4) Nothing in paragraphs 1 or 2 above shall be deemed to confer on any designated airline of either Contracting Party the right to take on in the territory of the other Contracting Party passengers, baggage, cargo and mail carried for remuneration or hire and destined for another point within the territory of that other Contracting Party.

(5) If because of armed conflict, serious political disturbance or other similar developments, or special and unusual circumstances, any designated airline of one Contracting Party is unable to operate services on any of its normal routes, the other Contracting Party shall use its best efforts to facilitate the continued operation of such services through appropriate rearrangement of any such routes, including the temporary granting of alternative rights for such time as may be necessary to facilitate, subject to national requirements, continued operations.

(6) For the purpose of the application of paragraphs 1 and 5 above, each Contracting Party may specify the routes to be followed above its territory by the airlines of the other Contracting Party and the airports which may be used. However, nothing in this paragraph shall supersede the provisions contained in Article 5 of this Agreement or any agreed limitation on the operation of air services under this Agreement.

Article 3

Designation and Operating Authorization

(1) The international air services on the routes specified in accordance with Article 2 (3) of this Agreement may be started at any time, provided that

- (a) the Contracting Party to whom the rights specified in Article 2 (1) of this Agreement are granted has designated one or more airlines in writing;

- b) die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, dem oder den bezeichneten Unternehmen die Genehmigung erteilt hat, den Fluglinienverkehr zu eröffnen, und
- c) ein Tarif in Kraft ist.

(2) Die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, erteilt vorbehaltlich des Absatzes 3 dieses Artikels und des Artikels 11 unverzüglich die Genehmigung zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs.

(3) Eine Vertragspartei kann von jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei den Nachweis verlangen, daß es in der Lage ist, den Erfordernissen zu entsprechen, die nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften der erstgenannten Vertragspartei für den Betrieb des internationalen Luftverkehrs zu erfüllen sind.

(4) Eine Vertragspartei kann durch schriftliche Mitteilung an die andere Vertragspartei nach Maßgabe der Absätze 1 bis 3 ein von ihr bezeichnetes Unternehmen durch ein anderes Unternehmen ersetzen. Das als Ersatz bezeichnete Unternehmen genießt die gleichen Rechte und unterliegt den gleichen Verpflichtungen wie das Unternehmen, an dessen Stelle es getreten ist.

Artikel 4

Suspendierung, Einschränkung oder Widerruf der Betriebsgenehmigung

Eine Vertragspartei kann die nach Artikel 3 Absatz 2 erteilte Genehmigung suspendieren, durch Auflagen einschränken oder widerrufen, wenn ein bezeichnetes Unternehmen die Gesetze oder sonstigen Vorschriften der die Rechte gewährenden Vertragspartei oder die Bestimmungen dieses Abkommens nicht einhält oder die daraus sich ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllt oder wenn die andere Vertragspartei die sich aus der Anwendung des Artikels 16 ergebenden Entscheidungen nicht befolgt. Vor der Suspendierung, der Einschränkung oder dem Widerruf werden Konsultationen nach Artikel 15 durchgeführt, es sei denn, daß zur Vermeidung weiterer Verstöße gegen Gesetze oder sonstige Vorschriften eine sofortige Einstellung des Betriebs oder sofortige Auflagen erforderlich sind.

Artikel 5

Anwendung von Gesetzen und sonstigen Vorschriften

(1) Die Gesetze und sonstigen Vorschriften einer Vertragspartei betreffend den Ein- und Ausflug der im internationalen Luftverkehr verwendeten Luftfahrzeuge nach oder aus ihrem Hoheitsgebiet oder betreffend den Betrieb und den Verkehr solcher Luftfahrzeuge innerhalb ihres Hoheitsgebiets gelten für die Luftfahrzeuge der bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei, wie sie für die eigenen Luftfahrzeuge gelten, und sind von diesen Luftfahrzeugen beim Ein- und Ausflug sowie während des Aufenthalts im Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei zu befolgen.

(2) Die Gesetze und sonstigen Vorschriften einer Vertragspartei betreffend den Ein- und Ausflug von Fluggästen, Gepäck, Besatzung, Post oder Fracht nach oder aus ihrem Hoheitsgebiet, einschließlich der Gesetze und sonstigen Vorschriften über Einreise, Abfertigung, Einwanderung, Pässe, Zoll, Quarantäne und sanitäre Maßnahmen, sind durch oder in bezug auf Fluggäste, Gepäck, Besatzung, Post oder Fracht der Unternehmen der anderen Vertragspartei beim Ein- und Ausflug sowie während des Aufenthalts im Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei zu befolgen.

Artikel 6

Anerkennung von Zeugnissen und Erlaubnisscheinen

Lufttüchtigkeitszeugnisse, Befähigungszeugnisse und Erlaubnisscheine, die von einer Vertragspartei ausgestellt oder als gültig anerkannt worden sind und noch Gültigkeit besitzen, werden von der anderen Vertragspartei für den Betrieb des vereinbarten Li-

(b) the Contracting Party granting these rights has authorized the designated airline or airlines to initiate the air services; and

(c) a tariff is in force.

(2) The Contracting Party granting these rights shall, subject to the provisions of paragraph 3 below as well as Article 11 of this Agreement, give without delay the said authorization to operate the international air service.

(3) Either Contracting Party may require any airline designated by the other Contracting Party to furnish proof that it is qualified to meet the requirements prescribed under the laws and regulations of the first Contracting Party governing the operation of international air traffic.

(4) Either Contracting Party shall have the right to replace, by written communication to the other Contracting Party subject to the provisions of paragraphs 1 to 3 above, an airline it has designated by another airline. The substitute designated airline shall have the same rights and be subject to the same obligations as the airline which it replaces.

Article 4

Suspension, Limitation or Revocation of Operating Authorization

Either Contracting Party may suspend, limit by the imposition of conditions, or revoke the authorization granted in accordance with Article 3 (2) of this Agreement in the event of failure of a designated airline to comply with the laws and regulations of the Contracting Party granting the rights or to comply with the provisions of this Agreement or to fulfil the obligations arising therefrom or, in any case where the other Contracting Party fails to comply with any decision arising from the application of Article 16 of this Agreement. Such suspension, limitation or revocation shall be preceded by consultations as provided for in Article 15 of this Agreement, unless an immediate suspension of operations or imposition of conditions is necessary to avoid further infringements of laws or regulations.

Article 5

Application of Laws and Regulations

(1) The laws and regulations of one Contracting Party relating to the admission to or departure from its territory of aircraft engaged in international air navigation, or to the operation and navigation of such aircraft while within its territory, shall apply to the aircraft of the airlines designated by the other Contracting Party as they are applied to its own and shall be complied with by such aircraft upon entrance into or departure from and while within the territory of the first Contracting Party.

(2) The laws and regulations of one Contracting Party relating to the admission to or departure from its territory of passengers, baggage, crew, mail or cargo of aircraft, including laws and regulations relating to entry, clearance, immigration, passports, customs, quarantine and sanitary measures, shall be complied with by or on behalf of such passengers, baggage, crew, mail or cargo of the airlines of the other Contracting Party upon entrance into or departure from and while within the territory of the first Contracting Party.

Article 6

Recognition of Certificates and Licences

Certificates of airworthiness, certificates of competency and licences issued or rendered valid by one Contracting Party, and still in force, shall be recognized as valid by the other Contracting Party for the purpose of operating the agreed services, provided

nienverkehrs als gültig anerkannt, sofern die Voraussetzungen, unter denen diese Zeugnisse oder Erlaubnisscheine ausgestellt oder als gültig anerkannt worden sind, den nach dem Zivilluftfahrt-Abkommen festgelegten Mindestanforderungen entsprechen oder darüber liegen. Jede Vertragspartei behält sich jedoch das Recht vor, den ihren eigenen Staatsangehörigen von der anderen Vertragspartei erteilten Befähigungszeugnissen und Erlaubnisscheinen für Flüge über dem eigenen Hoheitsgebiet die Anerkennung zu versagen.

Artikel 7

Gleichbehandlung bei den Gebühren

Die Gebühren, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei für die Benutzung der Flughäfen und anderer Luftfahrteinrichtungen und -dienste durch die Luftfahrzeuge jedes bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei erhoben werden, dürfen nicht höher sein als die Gebühren, die für Luftfahrzeuge inländischer Unternehmen in ähnlichem internationalen Fluglinienverkehr erhoben werden.

Artikel 8

Befreiung von Zöllen und sonstigen Abgaben

(1) Die von jedem bezeichneten Unternehmen der einen Vertragspartei verwendeten Luftfahrzeuge, die in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einfliegen und aus ihm ausfliegen oder es durchfliegen, einschließlich der an Bord befindlichen Treibstoffe, Schmieröle und anderen verbrauchbaren technischen Vorräte in den Tanks oder anderen Behältnissen im Luftfahrzeug (wie enteisende Flüssigkeit, Hydraulikflüssigkeit, Kühlflüssigkeit, usw.) und Ersatzteile, üblichen Ausrüstungsgegenstände und Bordvorräte, bleiben frei von Zöllen, Kontrollgebühren und anderen ähnlichen nationalen oder lokalen Zöllen sowie von sonstigen bei der Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben. Dies gilt auch für an Bord der Luftfahrzeuge befindliche Waren, die auf dem Flug über dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei verbraucht werden.

(2) Treibstoffe, Schmieröle und andere verbrauchbare technische Vorräte, Ersatzteile, übliche Ausrüstungsgegenstände und Bordvorräte, die in das Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei vorübergehend eingeführt werden, um dort unmittelbar oder nach Lagerung in die Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei eingebaut oder sonst an Bord genommen zu werden oder aus dem Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei auf andere Weise wieder ausgeführt zu werden, bleiben frei von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben. Werbematerial und Beförderungsdokumente jedes bezeichneten Unternehmens der einen Vertragspartei bleiben bei der Einfuhr in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ebenfalls von den in Absatz 1 genannten Zöllen, Kontrollgebühren und anderen ähnlichen nationalen oder lokalen Zöllen sowie von sonstigen Abgaben frei.

(3) Treibstoffe, Schmieröle und andere verbrauchbare technische Vorräte, die im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei an Bord der Luftfahrzeuge jedes bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei genommen und im internationalen Fluglinienverkehr verwendet werden, bleiben frei von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben und von etwaigen besonderen Verbrauchsteuern.

(4) Eine Vertragspartei kann die in den Absätzen 1 bis 4 genannten Waren unter Zollüberwachung halten.

(5) Soweit für die in den Absätzen 1 bis 4 genannten Waren Zölle und sonstige Abgaben nicht erhoben werden, unterliegen diese Waren nicht den sonst für sie geltenden wirtschaftlichen Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten und -beschränkungen.

(6) Jede Vertragspartei gewährt für Gegenstände und Dienstleistungen, die jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei geliefert bzw. erbracht und für Zwecke seines

that requirements under which such certificates or licences were issued or rendered valid were equal to or above the minimum standards established pursuant to the Convention. Each Contracting Party reserves the right, however, to refuse to recognize, for the purpose of flights above its own territory, certificates of competency and licences granted to its own nationals by the other Contracting Party.

Article 7

Non-discrimination in respect of Charges

The charges levied in the territory of either Contracting Party for the use of airports and other air navigation facilities and services by the aircraft of any designated airline of the other Contracting Party shall not be higher than those levied on aircraft of national airlines engaged in similar international air services.

Article 8

Exemption from Customs Duties and other Charges

(1) Aircraft operated by any designated airline of either Contracting Party and entering, departing from, or flying across the territory of the other Contracting Party, as well as fuel, lubricants and other consumable technical supplies contained in the tanks or other receptacles on the aircraft such as de-icing fluid, hydraulic fluid, cooling fluid, etc., and spare parts, regular equipment and aircraft stores on board such aircraft, shall be exempt from customs duties, inspection fees and other similar national or local duties and other charges levied on the occasion of importation, exportation or transit of goods. This shall also apply to goods on board the aircraft consumed during the flight across the territory of the latter Contracting Party.

(2) Fuel, lubricants and other consumable technical supplies, spare parts, regular equipment and aircraft stores temporarily imported into the territory of either Contracting Party, there to be immediately or after storage installed in or otherwise taken on board the aircraft of a designated airline of the other Contracting Party, or to be otherwise exported again from the territory of the former Contracting Party, shall be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph 1 above. Advertising materials and transport documents of any designated airline of one Contracting Party shall, on the occasion of importation into the territory of the other Contracting Party, likewise be exempt from customs duties, inspection fees and other similar national or local duties and other charges mentioned in paragraph 1 above.

(3) Fuel, lubricants and other consumable technical supplies taken on board the aircraft of any designated airline of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party and used in international air services shall be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph 1 above, as well as from any other special consumption taxes.

(4) Either Contracting Party may keep the goods mentioned in paragraphs 1 to 4 above under customs supervision.

(5) Where no customs duties or other charges are levied on goods mentioned in paragraphs 1 to 4 above, such goods shall not be subject to any economic prohibitions or restrictions on importation, exportation or transit that may otherwise be applicable.

(6) Each Contracting Party shall, on a reciprocal basis, exempt the designated airlines of the other Contracting Party from turnover tax or similar indirect taxes on goods and services supplied to

Geschäftsbetriebs verwendet werden, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit eine Befreiung von der Umsatzsteuer oder von ähnlichen indirekten Steuern. Die Steuerbefreiung kann durch eine Erstattung erfolgen.

Artikel 9

Überweisung von Einkünften

Jede Vertragspartei gewährt den bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, die von diesen Unternehmen im Zusammenhang mit der Beförderung von Fluggästen, Gepäck, Post und Fracht in ihrem Hoheitsgebiet erzielten Überschüsse der Einkünfte gegenüber den Ausgaben ohne Beschränkung in einer harten konvertierbaren Währung zum amtlichen Wechselkurs zu überweisen.

Artikel 10

Grundsätze für den Betrieb des vereinbarten Linienverkehrs

(1) Jedem bezeichneten Unternehmen jeder Vertragspartei wird in billiger und gleicher Weise Gelegenheit gegeben, den Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 3 festgelegten Linien zu betreiben.

(2) Beim Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 3 festgelegten Linien nimmt jedes bezeichnete Unternehmen einer Vertragspartei auf die Interessen jedes bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei Rücksicht, damit der von diesen Unternehmen auf den gleichen Linien oder Teilen derselben betriebene Fluglinienverkehr nicht ungebührlich beeinträchtigt wird.

(3) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 3 festgelegten Linien dient vor allem dazu, bei Anwendung eines angemessenen Ladefaktors ein Beförderungsangebot bereitzustellen, das der voraussehbaren Verkehrsnachfrage einschließlich saisonaler Schwankungen, nach und von den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien entspricht, welche die Unternehmen bezeichnet haben. Das Recht dieser Unternehmen – falls ein solches besteht –, Beförderungen zwischen den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelegenen Punkten einer nach Artikel 2 Absatz 3 festgelegten Linie und Punkten in dritten Staaten auszuführen, wird im Interesse einer geordneten Entwicklung des internationalen Luftverkehrs so ausgeübt, daß das Beförderungsangebot angepaßt ist

- a) an die Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, welche die Unternehmen bezeichnet hat,
- b) an die in den durchflogenen Gebieten bestehende Verkehrsnachfrage unter Berücksichtigung des örtlichen und regionalen Fluglinienverkehrs und
- c) an die Erfordernisse eines wirtschaftlichen Betriebs der Fluglinien des Durchgangsverkehrs.

(4) Um eine billige und gleiche Behandlung jedes bezeichneten Unternehmens zu gewährleisten, bedürfen die Frequenz der Flugdienste, die vorgesehenen Luftfahrzeugmuster hinsichtlich ihrer Kapazität sowie die Flugpläne der Genehmigung durch die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien.

(5) Erforderlichenfalls sollen sich die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien bemühen, eine zufriedenstellende Regelung des Ladefaktors, des Beförderungsangebots und der Frequenzen zu erreichen.

(6) Können die Vertragsparteien bei nochmaliger Prüfung keine Einigung in bezug auf das Beförderungsangebot für den vereinbarten Fluglinienverkehr erzielen, so darf das Beförderungsangebot, das von den bezeichneten Unternehmen der Vertragsparteien bereitgestellt werden kann, das vorher vereinbarte Gesamtangebot, einschließlich saisonaler Schwankungen, nicht übersteigen.

and used for the purposes of its business by any such airline. The tax exemption may take the form of a refund.

Article 9

Transfer of Earnings

Either Contracting Party shall grant to the designated airlines of the other Contracting Party the right of transfer without restrictions, in a hard convertible currency, at the official rate of exchange, of the excess of receipts over expenditure achieved by such airlines in its territory in connection with the carriage of passengers, baggage, mail and cargo.

Article 10

Principles Governing the Operation of the Agreed Services

(1) There shall be fair and equal opportunity for any designated airline of each Contracting Party to operate air services on the routes specified in accordance with Article 2 (3) of this Agreement.

(2) In the operation of international air services on the routes specified in accordance with Article 2 (3) of this Agreement, any designated airline of either Contracting Party shall take account of the interests of any designated airline of the other Contracting Party so as not to affect unduly the air services which the latter airline operates over the same routes or parts thereof.

(3) The international air services on the routes specified in accordance with Article 2 (3) of this Agreement shall have as their primary objective the provision, at a reasonable load factor, of capacity commensurate with the foreseeable traffic demand, including seasonal variations, to and from the territories of the Contracting Parties designating the airlines. The right – if any – of such airlines to carry traffic between points on a route specified in accordance with Article 2 (3) of this Agreement which are located in the territory of the other Contracting Party and points in third countries shall be exercised, in the interests of an orderly development of international air transport, in such a way that capacity is related to:

- (a) the traffic demand to and from the territory of the Contracting Party designating the airlines;
- (b) the traffic demand existing in the areas through which the air services pass, taking account of local and regional air services; and
- (c) the requirements of an economical operation of through traffic routes.

(4) To ensure fair and equal treatment of any designated airline, the frequency of services, the types of aircraft to be used with regard to capacity, as well as the flight schedules shall be subject to approval by the aeronautical authorities of the Contracting Parties.

(5) The aeronautical authorities of the Contracting Parties should, if necessary, endeavour to reach a satisfactory arrangement regarding load factors, transport capacity and frequencies.

(6) If, on review, the Contracting Parties fail to agree on the capacity to be provided on the agreed services, the capacity that may be provided by the designated airlines of the Contracting Parties shall not exceed the total capacity, including seasonal variations, previously agreed to be provided.

Artikel 11**Übermittlung von Betriebsangaben und Statistiken**

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet ihre bezeichneten Unternehmen, den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien spätestens einen Monat vor Aufnahme des Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 3 festgelegten Linien die Art der Dienste, die vorgesehenen Luftfahrzeugmuster und die Flugpläne mitzuteilen. Diese Verpflichtung gilt auch für spätere Änderungen.

(2) Jede Vertragspartei stellt durch ihre Luftfahrtbehörde der Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei auf Ersuchen alle regelmäßigen oder sonstigen statistischen Unterlagen der bezeichneten Unternehmen zur Verfügung, die vernünftigerweise angefordert werden können, um das von jedem bezeichneten Unternehmen der erstgenannten Vertragspartei auf den nach Artikel 2 Absatz 3 festgelegten Linien bereitgestellte Beförderungsangebot zu überprüfen. Diese Unterlagen müssen alle Angaben enthalten, die zur Feststellung des Umfangs sowie der Herkunft und Bestimmung des Verkehrs erforderlich sind.

Artikel 12**Gewerbliche Tätigkeiten**

(1) Jede Vertragspartei gewährt jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei auf der Grundlage der Gegenseitigkeit das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet Niederlassungen sowie Fachkräfte für den technischen, geschäftlichen und betrieblichen Bereich sowie andere Fachkräfte zu unterhalten, soweit sie vernünftigerweise zur Bereitstellung des vereinbarten Linienverkehrs benötigt werden.

(2) Bei der Einrichtung der Niederlassungen und der Beschäftigung des Personals nach Absatz 1 sind die Gesetze und sonstigen Vorschriften der betreffenden Vertragspartei, wie die Gesetze und sonstigen Vorschriften über die Einreise von Ausländern und ihren Aufenthalt im Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei, einzuhalten. Das nach Absatz 1 beschäftigte Personal ist auf der Grundlage der Gegenseitigkeit von der Verpflichtung befreit, eine Arbeitserlaubnis zu besitzen.

(3) Jede Vertragspartei gewährt jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei auf der Grundlage der Gegenseitigkeit das Recht der Selbstabfertigung von Fluggästen, Gepäck, Fracht und Post für die bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei. Dieses Recht schließt den den Flughäfen vorbehaltenen Bereich der luftseitigen Bodenverkehrsdienste, zum Beispiel die Verkehrsabfertigung der Luftfahrzeuge, nicht ein.

(4) Jede Vertragspartei gewährt jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, seine Beförderungsleistungen auf eigenen Beförderungsdokumenten unmittelbar in eigenen Verkaufsräumen sowie durch seine Agenten im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei an jeden Kunden in jeder Währung zu verkaufen.

Artikel 13**Luftsicherheit**

(1) In Übereinstimmung mit ihren völkerrechtlichen Rechten und Pflichten bekräftigen die Vertragsparteien ihre gegenseitige Verpflichtung, die Sicherheit der Zivilluftfahrt vor widerrechtlichen Eingriffen zu schützen. Ohne den allgemeinen Charakter ihrer völkerrechtlichen Rechte und Pflichten einzuschränken, handeln die Vertragsparteien insbesondere im Einklang mit dem am 14. September 1963 in Tokyo unterzeichneten Abkommen über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen, dem am 16. Dezember 1970 in Den Haag unterzeichneten Übereinkommen zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, dem am 23. September 1971 in Montreal unterzeichneten Übereinkommen

Article 11**Communication of Operating Information and Statistics**

(1) Each Contracting Party shall oblige its designated airlines to communicate to the aeronautical authorities of the Contracting Parties at least one month prior to the initiation of air services on the routes specified in accordance with Article 2 (3) of this Agreement the type of service, the types of aircraft to be used and the flight schedules. This obligation shall likewise apply to later changes.

(2) Either Contracting Party shall through its aeronautical authorities furnish to the aeronautical authorities of the other Contracting Party at their request such periodic or other statistical data of the designated airlines as may be reasonably required for the purpose of reviewing the capacity provided by any designated airline of the first Contracting Party on the routes specified in accordance with Article 2 (3) of this Agreement. Such data shall include all information required to determine the amount of traffic carried and the origins and destinations of such traffic.

Article 12**Commercial Activities**

(1) Each Contracting Party grants, on a reciprocal basis, to any designated airline of the other Contracting Party the right to maintain in its territory such offices and specialists in the technical, managerial and operational fields as well as such other specialists as may reasonably be required for the provision of the agreed services.

(2) The establishment of the offices and the employment of the personnel referred to in paragraph 1 above shall be subject to the laws and regulations of the Contracting Party concerned, such as the laws and regulations relating to the admission of foreigners and their stay in the territory of the Contracting Party concerned. The personnel employed according to paragraph 1 above shall, on a reciprocal basis, be exempt from the requirement to hold a work permit.

(3) Each Contracting Party grants, on a reciprocal basis, to any designated airline of the other Contracting Party the right of self-handling of passengers, baggage, cargo and mail for the designated airlines of the other Contracting Party. This right does not include air-side ground handling services i.e. aircraft ground handling, which remain the prerogative of the airport operators.

(4) Each Contracting Party grants to any designated airline of the other Contracting Party the right to sell its transport services on its own transport documents directly in its own sales offices and through its agents in the territory of the other Contracting Party to any customer in any currency.

Article 13**Aviation Security**

(1) Consistent with their rights and obligations under international law, the Contracting Parties reaffirm their obligation to each other to protect the security of civil aviation against acts of unlawful interference. Without limiting the generality of their rights and obligations under international law, the Contracting Parties shall in particular act in conformity with the provisions of the Convention on Offences and Certain Other Acts Committed on Board Aircraft, signed at Tokyo on 14 September 1963, the Convention for the Suppression of Unlawful Seizure of Aircraft, signed at The Hague on 16 December 1970, the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Civil Aviation, signed at Montreal on 23 September 1971, and the Protocol for the Suppression

men zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt und dem am 24. Februar 1988 in Montreal unterzeichneten Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen, in Ergänzung des am 23. September 1971 in Montreal beschlossenen Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt.

(2) Die Vertragsparteien gewähren einander auf Ersuchen jede erforderliche Unterstützung, um die widerrechtliche Inbesitznahme ziviler Luftfahrzeuge und andere widerrechtliche Handlungen gegen die Sicherheit solcher Luftfahrzeuge, ihrer Fluggäste und Besatzung, von Flughäfen und Flugnavigationseinrichtungen sowie jede sonstige Bedrohung der Sicherheit der Zivilluftfahrt zu verhindern.

(3) Wird ein ziviles Luftfahrzeug widerrechtlich in Besitz genommen oder werden sonstige widerrechtliche Eingriffe gegen die Sicherheit eines solchen Luftfahrzeugs, seiner Fluggäste und Besatzung sowie gegen die Sicherheit von Flughäfen oder Flugnavigationseinrichtungen begangen oder angedroht, so unterstützen die Vertragsparteien einander in gegenseitigen Konsultationen durch Erleichterung des Fernmeldeverkehrs und sonstige geeignete Maßnahmen, um solche Vorfälle oder solche Bedrohungen so rasch zu beenden, wie dies bei möglichst geringer Gefährdung von Leben durchführbar ist.

(4) Jede Vertragspartei trifft alle ihr durchführbar erscheinenden Maßnahmen, um sicherzustellen, daß ein Luftfahrzeug, das widerrechtlich in Besitz genommen wurde oder hinsichtlich dessen andere widerrechtliche Eingriffe vorgenommen wurden und das sich in ihrem Hoheitsgebiet am Boden befindet, dort festgehalten wird, sofern nicht sein Abflug aufgrund der vordringlichen Verpflichtung zum Schutz des Lebens der Besatzung und der Fluggäste erforderlich wird. Diese Maßnahmen sollten, soweit durchführbar, auf der Grundlage gegenseitiger Konsultationen getroffen werden.

(5) Die Vertragsparteien handeln in ihren gegenseitigen Beziehungen im Einklang mit den Luftsicherheitsvorschriften, die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation festgelegt und zu Anhängen des Zivilluftfahrt-Abkommens bestimmt werden, soweit diese Sicherheitsvorschriften auf die Vertragsparteien anwendbar sind; sie verlangen, daß die Halter von in ihr Register eingetragenen Luftfahrzeugen und die Luftfahrzeughalter, die ihren Hauptgeschäftssitz oder ihren ständigen Aufenthalt in ihrem Hoheitsgebiet haben, sowie die Betreiber von Flughäfen in ihrem Hoheitsgebiet im Einklang mit diesen Luftsicherheitsvorschriften handeln.

(6) Jede Vertragspartei erklärt sich damit einverstanden, daß von diesen Luftfahrzeughaltern verlangt werden kann, die in Absatz 5 genannten Sicherheitsvorschriften einzuhalten, die von der anderen Vertragspartei für den Einflug in ihr Hoheitsgebiet, den Ausflug aus ihrem Hoheitsgebiet oder den Aufenthalt in ihrem Hoheitsgebiet festgelegt wurden. Jede Vertragspartei gewährleistet, daß in ihrem Hoheitsgebiet Maßnahmen zum Schutz von Luftfahrzeugen und zur Durchleuchtung von Fluggästen, Besatzung und Handgepäck sowie zur Durchführung angemessener Sicherheitskontrollen bei Gepäck, Fracht und Bordvorräten vor und bei dem Einsteigen oder Beladen wirksam angewendet werden. Jede Vertragspartei wird jedes Ersuchen der anderen Vertragspartei um vernünftige besondere Sicherheitsmaßnahmen zur Abwendung einer bestimmten Bedrohung wohlwollend prüfen.

(7) Weicht eine Vertragspartei von den Luftsicherheitsvorschriften dieses Artikels ab, so kann die Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei um sofortige Konsultationen mit der Luftfahrtbehörde der erstgenannten Vertragspartei ersuchen. Kommt innerhalb eines Monats nach dem Datum dieses Ersuchens eine zufriedenstellende Einigung nicht zustande, so ist dies ein Grund, die Betriebsgenehmigung eines oder mehrerer Luftfahrtunternehmen der erstgenannten Vertragspartei vorzuenthalten, zu widerrufen, einzuschränken oder mit Auflagen zu versehen. Wenn eine ernste Notlage dies erfordert, kann eine Vertragspartei vor Ablauf dieses Monats vorläufige Maßnahmen treffen.

of Unlawful Acts of Violence at Airports Serving International Civil Aviation, Supplementary to the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Civil Aviation, Done at Montreal on 23 September 1971, signed at Montreal on 24 February 1988.

(2) The Contracting Parties shall provide upon request all necessary assistance to each other to prevent acts of unlawful seizure of civil aircraft and other acts of unlawful interference against the safety of such aircraft, their passengers and crew, airports and air navigation facilities, and any other threat to the security of civil aviation.

(3) When an incident or threat of an incident of unlawful seizure of civil aircraft or other acts of unlawful interference against the safety of such aircraft, their passengers and crew, airports or air navigation facilities occurs, the Contracting Parties shall, in mutual consultation, assist each other by facilitating communications and other appropriate measures intended to terminate as rapidly as commensurate with minimum risk to life such incident or threat thereof.

(4) Each Contracting Party shall take measures, as it may find practicable, to ensure that an aircraft subjected to an act of unlawful seizure or other acts of unlawful interference which is on the ground in its territory is detained on the ground unless its departure is necessitated by the overriding duty to protect the lives of its crew and passengers. Wherever practicable, such measures shall be taken on the basis of mutual consultations.

(5) The Contracting Parties shall, in their mutual relations, act in conformity with the aviation security provisions established by the International Civil Aviation Organization and designated as Annexes to the Convention to the extent that such security provisions are applicable to the Contracting Parties; they shall require that operators of aircraft of their registry or operators of aircraft who have their principal place of business or permanent residence in their territory and the operators of airports in their territory act in conformity with such aviation security provisions.

(6) Each Contracting Party agrees that such operators of aircraft may be required to observe the aviation security provisions referred to in paragraph 5 above required by the other Contracting Party for entry into, departure from, or while within, the territory of that other Contracting Party. Each Contracting Party shall ensure that measures are effectively applied within its territory to protect the aircraft and to screen passengers, crew and carry-on items and to carry out appropriate security checks on baggage, cargo and aircraft stores prior to and during boarding or loading. Each Contracting Party shall look favourably on any request from the other Contracting Party for reasonable special security measures to meet a particular threat.

(7) Should a Contracting Party depart from the aviation security provisions of this Article, the aeronautical authorities of the other Contracting Party may request immediate consultations with the aeronautical authorities of the former Contracting Party. Failure to reach a satisfactory agreement within one month of the date of such request shall constitute grounds for withholding, revoking, limiting or imposing conditions on the operating authorization of an airline or airlines of the former Contracting Party. If required by a serious emergency, either Contracting Party may take interim action prior to the expiry of the month.

Artikel 14**Einreise und Kontrolle der Reisedokumente**

(1) Auf Ersuchen einer Vertragspartei gestattet die andere Vertragspartei den Unternehmen, die in beiden Staaten Luftverkehrsrechte ausüben, die Durchführung von Maßnahmen, die gewährleisten sollen, daß nur Fluggäste mit den für die Einreise in oder die Durchreise durch den ersuchenden Staat erforderlichen Reisedokumenten befördert werden.

(2) Jede Vertragspartei nimmt eine Person, die an ihrem Zielort zurückgewiesen wurde, nachdem dort festgestellt worden war, daß sie nicht einreiseberechtigt war, zum Zweck der Überprüfung auf, wenn sich diese Person vor ihrer Abreise nicht nur im unmittelbaren Transit im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei aufgehalten hat. Die Vertragsparteien weisen eine solche Person nicht in das Land zurück, in dem zuvor festgestellt worden ist, daß sie nicht einreiseberechtigt ist.

(3) Diese Bestimmung hindert die Behörden nicht daran, eine zurückgewiesene, nicht einreiseberechtigte Person einer weiteren Überprüfung zu unterziehen, um festzustellen, ob sie schließlich in dem Staat aufgenommen werden kann, oder um Vorkehrungen für ihre Weiterbeförderung, Entfernung oder Abschiebung in einen Staat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder in dem sie aus anderen Gründen Aufnahme finden kann, zu treffen. Hat eine Person, von der festgestellt worden ist, daß sie nicht einreiseberechtigt ist, ihre Reisedokumente verloren oder zerstört, so erkennt eine Vertragspartei statt dessen ein von den Behörden der Vertragspartei, bei der festgestellt wurde, daß die Person nicht einreiseberechtigt ist, ausgestelltes Dokument an, das die Umstände von Abflug und Ankunft bestätigt.

Artikel 15**Meinungsaustausch und Konsultationen**

(1) Zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien findet nach Bedarf ein Meinungsaustausch statt, um eine enge Zusammenarbeit und eine Verständigung in allen die Anwendung dieses Abkommens berührenden Angelegenheiten herbeizuführen.

(2) Zur Erörterung von Änderungen dieses Abkommens oder des Fluglinienplans oder von Auslegungsfragen kann eine Vertragspartei jederzeit Konsultationen oder Verhandlungen beantragen. Dies gilt auch für Erörterungen über die Anwendung des Abkommens, wenn nach Ansicht einer Vertragspartei ein Meinungsaustausch nach Absatz 1 kein zufriedenstellendes Ergebnis erbracht hat. Die Konsultationen oder Verhandlungen beginnen innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags bei der anderen Vertragspartei.

Artikel 16**Beilegung von Streitigkeiten**

(1) Soweit eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens nicht nach Artikel 15 beigelegt werden kann, können die Vertragsparteien vereinbaren, die Streitigkeit einer befugten Person zur Vermittlung zu unterbreiten. Wird keine Beilegung erreicht, so wird die Streitigkeit auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Vorsitzenden einigen, der von den Regierungen der Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Vorsitzende innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(3) Werden die in Absatz 2 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Rates der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation bitten, die erforderlichen Ernennungen

Article 14**Immigration and Control of Travel Documents**

(1) Upon the request of either Contracting Party the other Contracting Party shall permit the airlines which exercise air traffic rights in both countries to take measures to ensure that only passengers with the travel documents required for entry into or transit through the requesting State are carried.

(2) Either Contracting Party shall accept for examination a person being returned from his point of disembarkation after having been found inadmissible if this person previously stayed in its territory before embarkation, other than in direct transit. A Contracting Party shall not return such a person to the country where he was earlier found to be inadmissible.

(3) This provision is not intended to prevent public authorities from further examining a returned inadmissible person to determine his eventual acceptability in the State or from making arrangements for his transfer, removal or deportation to a State of which he is a national or where he is otherwise acceptable. Where a person who has been found to be inadmissible has lost or destroyed his travel documents, a Contracting Party shall accept instead a document attesting to the circumstances of embarkation and arrival issued by the public authorities of the Contracting Party where the person was found to be inadmissible.

Article 15**Exchange of Views and Consultations**

(1) Exchanges of views shall take place as needed between the aeronautical authorities of the Contracting Parties in order to achieve close cooperation and agreement in all matters pertaining to the application of this Agreement.

(2) Consultations or negotiations may be requested at any time by either Contracting Party for the purpose of discussing amendments to this Agreement or to the Route Schedule or questions relating to interpretation. The same applies to discussions concerning the application of this Agreement if either Contracting Party considers that an exchange of views within the meaning of paragraph 1 above has not produced any satisfactory results. Such consultations or negotiations shall begin within two months of the date of receipt by the other Contracting Party of any such request.

Article 16**Settlement of Disputes**

(1) Where any disagreement concerning the interpretation or application of this Agreement cannot be settled in accordance with Article 15 of this Agreement, the Contracting Parties may agree to refer the dispute to a competent person for mediation. If settlement is not reached the dispute shall be submitted to an arbitral tribunal at the request of either Contracting Party.

(2) Such arbitral tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the Governments of the Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months of the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party of its intention to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(3) If the periods specified in paragraph 2 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other relevant arrangement, invite the President of the Council of the International Civil Aviation Organization to make the necessa-

vorzunehmen. Die von dem Präsidenten zu ernennenden Schiedsrichter dürfen weder Staatsangehörige einer der Vertragsparteien sein noch dort ihren ständigen Aufenthalt haben.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die Vertragsparteien bindend.

(5) Jede Vertragspartei trägt die Kosten des Honorars und der Aufwendungen seines nach Absatz 2 oder 3 ernannten Schiedsrichters. Das Honorar und die Aufwendungen des dritten Schiedsrichters sowie die Ausgaben des Gerichts, deren Art und Obergrenzen vorher von den Vertragsparteien zu vereinbaren sind, werden zu gleichen Teilen zwischen den Vertragsparteien aufgeteilt und von ihnen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 17

Änderungen

Dieses Abkommen kann nach dem in Artikel 15 Absatz 2 und Artikel 21 genannten Verfahren geändert werden.

Artikel 18

Mehrseitige Luftverkehrsübereinkommen

Tritt ein für beide Vertragsparteien verbindliches mehrseitiges Luftverkehrsübereinkommen in Kraft, so gehen dessen Bestimmungen vor. Erörterungen zur Feststellung, inwieweit ein mehrseitiges Übereinkommen dieses Abkommen beendet, ersetzt, ändert oder ergänzt, finden nach Artikel 15 statt.

Artikel 19

Registrierung bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation

Dieses Abkommen und jede Änderung desselben wird der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Registrierung übermittelt.

Artikel 20

Frühere Abkommen

Dieses Abkommen tritt an die Stelle jedes etwa zwischen den Vertragsparteien in Kraft befindlichen Abkommens betreffend den Fluglinienverkehr zwischen ihren jeweiligen Hoheitsgebieten und darüber hinaus.

Artikel 21

Inkrafttreten

Dieses Abkommen und jede Änderung desselben tritt am dreißigsten Tag nach dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen der Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

Artikel 22

Geltungsdauer, Kündigung

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Ungeachtet der Bestimmung in Absatz 1 kann eine Vertragspartei die andere Vertragspartei jederzeit auf diplomatischem Weg schriftlich von ihrer Absicht in Kenntnis setzen, dieses Abkommen zu beenden; die Kündigung wird gleichzeitig der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation mitgeteilt. In diesem Fall tritt das Abkommen zwölf Monate nach Eingang der Mitteilung bei der

ry appointments. The arbitrators appointed by the said President shall not be nationals or permanent residents of either Contracting Party.

(4) The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding on the Contracting Parties.

(5) Each Contracting Party shall meet the cost of remuneration and the expenses of its arbitrator appointed in accordance with paragraph 2 or 3 above. The remuneration and the expenses of the third arbitrator and the expenses of the tribunal, the nature and limits of which shall be agreed beforehand by the Contracting Parties, shall be shared equally between and shall be met by the Contracting Parties. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

Article 17

Amendments

This Agreement may be amended following the procedure in accordance with Article 15 paragraph 2 and Article 21 of this Agreement.

Article 18

Multilateral Air Transport Conventions or Agreements

In the event of any multilateral air transport convention or agreement which are binding on both Contracting Parties entering into force, the provisions of such convention or agreement shall prevail. Any discussions with a view to determining the extent to which this Agreement is terminated, superseded, amended or supplemented by the provisions of the multilateral convention or agreement shall take place in accordance with Article 15 of this Agreement.

Article 19

Registration with the International Civil Aviation Organization

This Agreement and any amendment thereto shall be communicated to the International Civil Aviation Organization for registration.

Article 20

Previous Agreements

This Agreement supersedes any agreement in force between the Contracting Parties in relation to air services between and beyond their respective territories.

Article 21

Entry into Force

This Agreement and any amendment thereto shall enter into force on the thirtieth day from the date on which the Governments of the Contracting Parties have notified each other that the constitutional requirements for the entry into force of this Agreement have been fulfilled.

Article 22

Duration, Termination

(1) This Agreement shall be concluded for an unlimited period.

(2) Notwithstanding the provision in paragraph 1 above either Contracting Party may at any time give notice in writing through diplomatic channels to the other Contracting Party of its intention to terminate this Agreement; such notice shall simultaneously be communicated to the International Civil Aviation Organization. In such case this Agreement shall terminate twelve (12) months after

anderen Vertragspartei außer Kraft, sofern nicht die Kündigung vor Ablauf dieser Zeit im gegenseitigen Einvernehmen zurückgenommen wird. Wird der Eingang der Mitteilung von der anderen Vertragspartei nicht bestätigt, so gilt als Eingangstag der vierzehnte Tag nach dem Eingang der Mitteilung bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation.

the date of receipt of the notice by the other Contracting Party, unless the notice to terminate is withdrawn by mutual agreement before the expiry of this period. In the absence of acknowledgement of receipt by the other Contracting Party notice shall be deemed to have been received fourteen (14) days after the receipt of the notice by the International Civil Aviation Organization.

Geschehen zu Windhuk am 15. November 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Done at Windhoek on 15. November 1995 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Hanns Schumacher

Für die Republik Namibia
For the Republic of Namibia
Oskar Plichta

Gesetz
zu dem Vertrag vom 12. Dezember 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet
der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern

Vom 24. April 1997

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Dresden am 12. Dezember 1995 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern nebst Statut wird zugestimmt. Der Vertrag nebst Statut werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 15 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 24. April 1997

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Die Bundesministerin
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Angela Merkel

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet
der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern

Smlouva
mezi Spolkovou republikou Německo
a Českou republikou
o spolupráci na hraničních vodách
v oblasti vodního hospodářství

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Tschechische Republik –

Spolková republika Německo
a
Česká republika

in dem Bemühen, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern zu regeln und weiter zu verbessern,

geleitet von dem Vertrag vom 3. November 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gemeinsame Staatsgrenze,

ausgehend von dem Vertrag vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit,

eingedenk der Ziele des Übereinkommens vom 17. März 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen,

mit dem Ziel, die Instandhaltung und Instandsetzung und – soweit notwendig – die Wiederherstellung sowie eine abgestimmte Bewirtschaftung der Grenzgewässer zu gewährleisten und ihre Wasserqualität zu verbessern,

davon überzeugt, daß die enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern von gegenseitigem Vorteil ist und zur Festigung gutnachbarlicher Beziehungen beiträgt –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien arbeiten auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern zusammen.

Artikel 2

(1) Grenzgewässer sind

- a) die Abschnitte der Wasserläufe oder Hauptarme, deren Mittellinie die Staatsgrenze bildet;
- b) die Wasserläufe, die von der Staatsgrenze gekreuzt werden, in einem Bereich von beiderseits 15 Metern vom Kreuzungswertquerschnitt;

vedeny snahou upravit a dále zlepšovat spolupráci na hraničních vodách v oblasti vodního hospodářství,

vycházejíce ze Smlouvy mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o společných státních hranicích ze dne 3. listopadu 1994,

vycházejíce ze Smlouvy mezi Spolkovou republikou Německo a Českou a Slovenskou Federativní Republikou o dobrém sousedství a přátelské spolupráci ze dne 27. února 1992,

majíce na mysli cíle Úmluvy o ochraně a využívání hraničních vodních toků a mezinárodních jezer ze dne 17. března 1992,

s cílem zabezpečit úpravy, potřebnou údržbu a obnovu, jakož i koordinované obhospodařování hraničních vod a zlepšovat jejich jakost,

přesvědčeny o tom, že úzká spolupráce na hraničních vodách v oblasti vodního hospodářství představuje vzájemné výhody a přispívá k upevnování dobrých sousedských vztahů,

se dohodly takto:

Článek 1

Smluvní strany spolupracují na hraničních vodách v oblasti vodního hospodářství.

Článek 2

1) Hraniční vody jsou:

- a) úseky vodních toků nebo jejich hlavních ramen, jejichž střednice tvoří státní hranice,
- b) vodní toky, které jsou protínány státními hranicemi, v oblasti 15 metrů na obě strany od profilu křížení,

- c) die Abschnitte von Elbe und Eger, durch die die Staatsgrenze verläuft;
- d) sonstige oberirdische Gewässer und das Grundwasser an der Stelle, an der sie von der Staatsgrenze gekreuzt werden.
- (2) Die Bestimmungen dieses Vertrags sind entsprechend anzuwenden auf
- a) Gebiete, die von den Grenzgewässern überschwemmt werden;
- b) oberirdische Gewässer und auf das Grundwasser in der Nähe der Staatsgrenze, soweit an ihnen Maßnahmen durchgeführt werden, die die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse an den Grenzgewässern wesentlich beeinflussen können;
- c) wasserwirtschaftliche Anlagen, insbesondere Wasserleitungen und Kanalisationen, die außerhalb der Grenzgewässer liegen und von der Staatsgrenze gekreuzt werden.
- c) úseky vodních toků Labe a Ohře, jimiž probíhají státní hranice,
- d) ostatní povrchové a podzemní vody v místě, kde je protínají státní hranice.
- 2) Příslušná ustanovení této smlouvy se přiměřeně použijí rovněž na:
- a) území zaplavovaná hraničními vodami,
- b) povrchové a podzemní vody v blízkosti státních hranic, pokud by na nich učiněná opatření mohla významně ovlivnit vodohospodářské poměry na hraničních vodách,
- c) vodohospodářská zařízení, zejména vodovody a kanalizace, která leží mimo hraniční vody a jsou protáta státními hranicemi.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien arbeiten an den Grenzgewässern insbesondere in folgenden Bereichen zusammen:

- a) Veränderungen des Wasserhaushalts;
- b) Unterhaltung und Ausbau von Wasserläufen;
- c) Bau, Betrieb und Unterhaltung von Wasserbauwerken und von Einrichtungen für wasserwirtschaftliche Messungen;
- d) Schutz vor Hochwasser und Eisgefahr;
- e) Maßnahmen bei außerordentlicher Beeinträchtigung der Wasserqualität, außergewöhnlichen hydrologischen Ereignissen, einschließlich der Warn- und Meldedienste;
- f) wasserwirtschaftliche Meliorationsmaßnahmen;
- g) Nutzung der Wasserenergie;
- h) Wasserentnahmen;
- i) Einleiten von Wasser und Abwasser;
- j) Schutz und Verbesserung der Wasserbeschaffenheit der Gewässer;
- k) Wasserschutzgebiete;
- l) bauliche Anlagen, Einrichtungen und Tätigkeiten, die die Abflußverhältnisse beeinflussen können;
- m) Untersuchungen, Messungen und Beobachtungen sowie Auswertung und Austausch von Ergebnissen und Informationen;
- n) wasserwirtschaftliche Fachplanung und Bilanzierung;
- o) Schutz aquatischer und litoraler Biotope;
- p) Schutz der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts.

(2) Der Vertrag regelt nicht Fragen der Fischereiwirtschaft sowie schiffahrtsbezogene Fragen und Maßnahmen; die Behandlung von Fragen des Schutzes der Grenzgewässer vor Verunreinigungen aus diesen Tätigkeiten wird dadurch jedoch nicht ausgeschlossen.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien bilden zur Erfüllung dieses Vertrags eine deutsch-tschechische Grenzgewässerkommission, im folgenden als „Kommission“ bezeichnet, und ernennen deren Mitglieder.

(2) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben setzt die Kommission einen Ständigen Ausschuß für den bayerischen Grenzabschnitt, im folgenden „Ständiger Ausschuß Bayern“ genannt, und einen Ständigen Ausschuß für den sächsischen Grenzabschnitt, im folgenden „Ständiger Ausschuß Sachsen“ genannt, ein.

(3) Zusammensetzung und Verfahren der Kommission, des Ständigen Ausschusses Bayern und des Ständigen Ausschusses Sachsen regelt das diesem Vertrag als Anlage beigefügte Statut, das Bestandteil dieses Vertrags ist.

Článek 3

1) Smluvní strany spolupracují na hraničních vodách zejména v těchto oblastech:

- a) změny vodního režimu,
- b) udržování a úpravy vodních toků,
- c) výstavba, provoz a udržování vodohospodářských děl a zařízení pro vodohospodářská měření,
- d) ochrana před povodněmi a ledovým nebezpečím,
- e) opatření při mimořádném zhoršení jakosti vody, mimořádných hydrologických událostech, včetně varovné a hlásné služby,
- f) vodohospodářská meliorační opatření,
- g) využívání vodní energie,
- h) odběr vody,
- i) vypouštění odpadních a jiných vod,
- j) ochrana a zlepšování jakosti vod,
- k) ochranná pásma vodních zdrojů,
- l) stavby, zařízení a činnosti, jež mohou mít vliv na odtokové poměry,
- m) šetření, měření a pozorování, jakož i jejich vyhodnocování a výměna výsledků a informací,
- n) vodohospodářské odborné plánování a bilancování,
- o) ochrana akvatických a litorálních biotopů,
- p) ochrana vod jako součásti přírodního prostředí.

2) Smlouva neřeší otázky rybného hospodářství ani otázky a opatření týkající se lodní dopravy; jednání o otázkách ochrany hraničních vod před znečištěním z těchto činností se však tímto nevylučuje.

Článek 4

1) Smluvní strany zřizují k plnění této smlouvy Německo-českou komisi pro hraniční vody (dále jen „Komise“) a jmenují její členy.

2) Komise ustaví k plnění svých úkolů Stálý výbor pro bavorský hraniční úsek (dále jen „Stálý výbor Bavorsko“) a Stálý výbor pro saský hraniční úsek (dále jen „Stálý výbor Sasko“).

3) Složení a postup Komise, Stálého výboru Bavorsko a Stálého výboru Sasko upravuje Statut, který je nedílnou součástí této smlouvy.

Artikel 5

(1) Die Zusammenarbeit umfaßt insbesondere folgende Aufgaben, zu deren Erfüllung die Kommission Grundsätze festlegt:

- a) Planung, Vorbereitung und Durchführung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen;
- b) Unterhaltung von Wasserläufen sowie Bau, Betrieb und Unterhaltung wasserwirtschaftlicher Anlagen;
- c) Bewertung der Arbeiten, Leistungen und Lieferungen sowie die gemeinsame Abnahme und gegenseitige Abrechnung dieser wasserwirtschaftlichen Maßnahmen;
- d) Ermittlung der Qualität und Quantität der Gewässer sowie Auswertung und Austausch von Ergebnissen;
- e) Ausarbeitung von Warn- und Alarmplänen sowie von Maßnahmenplänen gegen Hochwasser, Eisgefahr und bei kritischen Zuständen der Wasserqualität;
- f) Ausarbeitung wasserwirtschaftlicher Fachplanungen und Bilanzen;
- g) Koordinierung von Verwaltungsverfahren.

(2) Der Kommission obliegt es, die Tätigkeit des Ständigen Ausschusses Bayern und des Ständigen Ausschusses Sachsen zu koordinieren und bei der Durchführung dieses Vertrags auftretende Fragen zu behandeln.

(3) Die Kommission kann Empfehlungen an die Vertragsparteien beschließen, insbesondere Vorschläge für

- a) Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Wasserbeschaffenheit;
- b) Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Abflußverhältnisse sowie zum Schutz naturnaher Flächen für die Retention;
- c) Maßnahmen zum Schutz aquatischer und litoraler Biotope.

(4) Die Kommission legt für die Zusammenarbeit im Ständigen Ausschuss Bayern und im Ständigen Ausschuss Sachsen die Grundsätze und Aufgaben fest.

(5) Die Kommission legt für die direkte Zusammenarbeit der zuständigen Behörden und Dienststellen die Grundsätze und Aufgaben fest.

Artikel 6

(1) Wasserwirtschaftliche Maßnahmen sind technische Maßnahmen zur Erfüllung der Aufgaben dieses Vertrags.

(2) Die Vertragsparteien unterrichten einander rechtzeitig über ihre Absichten bei wasserwirtschaftlichen Maßnahmen, teilen einander alle erforderlichen Angaben mit und verständigen sich über die weitere Behandlung. Im Rahmen der von der Kommission vorgegebenen Grundsätze kann eine direkte Zusammenarbeit zwischen den jeweils zuständigen Behörden und Dienststellen erfolgen.

(3) Bei außerordentlichen Beeinträchtigungen der Wasserqualität und bei außergewöhnlichen hydrologischen Ereignissen informieren die zuständigen Behörden einander unverzüglich über wasserwirtschaftliche Maßnahmen, die zur Verhütung oder Verminderung von Gefahren ohne vorherige Verhandlungen durchgeführt wurden oder noch durchgeführt werden.

Artikel 7

(1) Jede Vertragspartei trägt die Kosten für die Durchführung der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen auf ihrem Staatsgebiet, die ausschließlich ihren Interessen dienen sollen.

(2) Die Kosten für die Durchführung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen, die den Interessen beider Vertragsparteien dienen, werden von den Vertragsparteien im Verhältnis ihrer Interessen getragen, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Arbeiten auf dem Staatsgebiet der einen oder beider Vertragsparteien handelt.

Článek 5

1) Spolupráce zahrnuje zejména tyto úkoly, pro jejichž plnění stanoví Komise zásady:

- a) plánování, přípravu a provádění vodohospodářských opatření,
- b) udržování vodních toků, jakož i výstavbu, provoz a údržbu vodohospodářských zařízení,
- c) oceňování prací, výkonů a dodávek, jakož i společné převzetí a vzájemné vyúčtování těchto vodohospodářských opatření,
- d) sledování jakosti a množství vod, jakož i vyhodnocování a výměnu výsledků,
- e) vypracování varovných a poplachových plánů opatření proti povodním, ledovému nebezpečí a při kritických stavech jakosti vod,
- f) vypracování vodohospodářských odborných plánů a bilancí,
- g) koordinaci správních řízení.

2) Komisi přísluší koordinovat činnost Stálého výboru Bavorsko a Stálého výboru Sasko a projednávat otázky, které se vyskytnou při provádění této smlouvy.

3) Komise může přijmout doporučení smluvním stranám, zejména návrhy na opatření k:

- a) ochraně a zlepšení stavu jakosti vod,
- b) ochraně a zlepšení odtokových poměrů a ochraně přirozených retenčních území,
- c) ochraně akvatických a litorálních biotopů.

4) Komise stanoví zásady a úkoly pro spolupráci ve Stálém výboru Bavorsko a ve Stálém výboru Sasko.

5) Komise stanoví zásady pro přímou spolupráci příslušných orgánů a odborných pracovišť.

Článek 6

1) Vodohospodářská opatření jsou technická opatření k plnění úkolů této smlouvy.

2) Smluvní strany se včas vzájemně vyrozumí o svých záměrech na vodohospodářská opatření, sdělí si vzájemně všechny potřebné údaje a vyrozumí se o dalším postupu. V rámci zásad stanovených Komisí je možná přímá spolupráce příslušných orgánů a pověřených odborných pracovišť.

3) Při mimořádných zhoršeních jakosti vody a při mimořádných hydrologických událostech se příslušné orgány neprodleně informují o vodohospodářských opatřeních, která byla nebo ještě budou provedena bez předchozího projednávání za účelem odvrácení nebo zmírnění ohrožení.

Článek 7

1) Každá ze smluvních stran nese náklady na provedení vodohospodářských opatření na území svého státu, jež mají sloužit výlučně jejím zájmům.

2) Náklady na provedení vodohospodářských opatření, jež slouží zájmům obou smluvních stran, ponese smluvní strany v poměru svých zájmů bez zřetele na to, zda jde o práce na území státu jedné nebo obou smluvních stran.

(3) Die Kosten für wasserwirtschaftliche Maßnahmen, die auf dem Staatsgebiet einer Vertragspartei durchgeführt werden, jedoch ausschließlich den Interessen der anderen Vertragspartei dienen, werden von derjenigen Vertragspartei getragen, deren Interessen die Maßnahmen dienen.

(4) Die mit der Vermessung, Projektierung und Leitung der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen verbundenen Kosten werden von den Vertragsparteien nicht gegenseitig gedeckt, sofern nichts anderes vereinbart wird.

(5) Die Kosten für Maßnahmen der Unterhaltung und des Ausbaus der Grenzgewässer sowie für Unterhaltung und Betrieb wasserwirtschaftlicher Anlagen, die zur Erhaltung oder Verbesserung der Abflußverhältnisse dienen, werden zwischen den Vertragsparteien durch Arbeiten oder Materiallieferungen ausgeglichen, falls nicht eine andere Art des Ausgleichs vereinbart wird. Für den Kostenausgleich anderer wasserwirtschaftlicher Maßnahmen kann die Kommission im Bedarfsfall andere Lösungen vereinbaren.

Artikel 8

(1) Im Rahmen der von der Kommission vorgegebenen Grundsätze

- a) ermitteln die zuständigen Behörden und beauftragten Dienststellen den physikalischen, chemischen und biologischen Zustand der Grenzgewässer;
- b) messen die zuständigen Behörden und beauftragten Dienststellen an den eingerichteten Meßstellen die Wasserstände und ermitteln die zugehörigen Abflüsse;
- c) führen die zuständigen Behörden und beauftragten Dienststellen gemeinsame Untersuchungen an den Grenzgewässern durch.

Die Ergebnisse werden einander mitgeteilt, gemeinsam bewertet und über die Ständigen Ausschüsse der Kommission vorgelegt.

(2) Im Rahmen der von der Kommission vorgegebenen Grundsätze errichten und unterhalten die zuständigen Behörden und beauftragten Dienststellen Flußeinteilungszeichen, Höhenmaße, Abflußmeßstellen und Meßquerschnitte in den Grenzgewässern sowie die Grundwassermeßstellen in der Nähe der Staatsgrenze.

Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien werden sich im Rahmen der Kommission im Interesse des Schutzes und der rationalen Nutzung der Grenzgewässer über bedeutsame wasserwirtschaftliche Vorhaben und daraus zu erwartende Auswirkungen auf Menge und Qualität der Grenzgewässer gegenseitig informieren.

(2) Die Kommission kann für ausgewählte Grenzgewässer gemeinsame wasserwirtschaftliche Bilanzen, wasserwirtschaftliche Fachplanungen sowie Koordinierungsvereinbarungen zu deren Schutz und Nutzung ausarbeiten.

Artikel 10

(1) Die Vertragsparteien wirken darauf hin, daß die Verunreinigung der Grenzgewässer vermindert wird und daß notwendige Maßnahmen zur Begrenzung, zur Kontrolle und zur Senkung von negativen Folgen der Tätigkeiten auf ihrem Staatsgebiet auf die Grenzgewässer und auf die Umwelt in ihrer Umgebung getroffen werden.

(2) Die Vertragsparteien unterstützen im Rahmen ihrer Rechtsvorschriften den Bau von Anlagen und weitere Maßnahmen zur Vermeidung oder Verminderung der Belastung der Grenzgewässer durch Abwasser und wassergefährdende Stoffe.

Artikel 11

(1) Im Rahmen der von der Kommission vorgegebenen Grundsätze stimmen die zuständigen Behörden und beauftragten Dienststellen an den Grenzgewässern ihre Warn- und Alarmpläne

3) Náklady na vodohospodářská opatření, která budou provedena na území státu jedné ze smluvních stran, avšak slouží výlučně zájmům druhé smluvní strany, nese smluvní strana, jejímž zájmům tato opatření slouží.

4) Náklady spojené se zaměřením, projektováním a řízením provádění vodohospodářských opatření si smluvní strany nebudou vzájemně hradit, pokud nebude dohodnuto jinak.

5) Náklady na opatření, týkající se údržby a úprav na hraničních vodách, jakož i údržby a provozu vodohospodářských zařízení, sloužících k zachování nebo zlepšení odtokových poměrů, budou mezi smluvními stranami vyrovnány provedením prací nebo dodávkami materiálu, pokud nebude dohodnut jiný způsob vyrovnání. Pro úhradu nákladů na ostatní vodohospodářská opatření může, v případě potřeby, Komise dohodnout jiný způsob vyrovnání.

Článek 8

1) V rámci zásad stanovených Komisí příslušné orgány a pověřená odborná pracoviště:

- a) zjišťují fyzikální, chemický a biologický stav hraničních vod,
- b) měří ve zřízených profilech vodní stavy a zjišťují příslušné odtoky,
- c) provádějí v zájmu účelnosti společné prohlídky hraničních vod. Výsledky si sdělují, společně je vyhodnocují a prostřednictvím Stálých výborů je předkládají Komisi.

2) V rámci zásad stanovených Komisí zřizují a udržují příslušné orgány a pověřená odborná pracoviště vodní značky, kilometrové a hektometrové znaky, vodočty a měrné profily na hraničních vodách a odměrná místa na podzemních vodách v blízkosti státních hranic.

Článek 9

1) Smluvní strany se budou v rámci Komise, v zájmu ochrany a racionálního využívání hraničních vod, vzájemně informovat o významných vodohospodářských záměrech a od nich očekávaného ovlivnění množství a jakosti hraničních vod.

2) Komise může zpracovat pro vybrané hraniční vody společné vodohospodářské bilance, vodohospodářské odborné plány a dohodnout koordináční ujednání o jejich ochraně a využívání.

Článek 10

1) Smluvní strany budou působit k tomu, aby bylo snižováno znečištění hraničních vod a přijímána nezbytná opatření k omezení, kontrole a snižování negativních důsledků činností z území svých států na hraniční vody a na životní prostředí v jejich okolí.

2) Smluvní strany budou v rámci svých vnitrostátních právních předpisů podporovat výstavbu zařízení a další opatření, jež zabrání nebo zmírní znečištění hraničních vod odpadními vodami a látkami, které jakost těchto vod ohrožují.

Článek 11

1) V rámci zásad stanovených komisí zkoordinují na hraničních vodách příslušné orgány a pověřená odborná pracoviště navzájem ohlašovací a poplachové, jakož i zásahové plány ochrany

sowie Maßnahmepläne gegen Hochwasser, Eisgefahr und bei kritischen Zuständen der Wasserqualität aufeinander ab.

(2) Bei Hochwasser, Eisgefahr und bei kritischen Zuständen der Wasserqualität leisten die zuständigen Behörden und beauftragten Dienststellen Hilfe, wenn die Hilfeleistung angefordert wird und möglich ist.

Artikel 12

(1) Wasserwirtschaftliche Maßnahmen an den Grenzgewässern werden nach den Rechtsvorschriften und von den Behörden jener Vertragspartei beurteilt, auf deren Staatsgebiet die Maßnahmen durchgeführt werden. In die hierfür durchzuführenden Verwaltungsverfahren muß der Standpunkt der anderen Vertragspartei einbezogen werden.

(2) Bei den wasserwirtschaftlichen Maßnahmen an den Grenzgewässern, die auf den Staatsgebieten beider Vertragsparteien durchgeführt werden, erteilen die zuständigen Behörden jeweils für den auf ihrem Staatsgebiet gelegenen Teil der Maßnahmen die Zulassung. Die Verwaltungsverfahren sind so durchzuführen, daß die Bescheidinhalte aufeinander abgestimmt sind.

(3) Bei wasserwirtschaftlichen Maßnahmen an den Grenzgewässern können die Verwaltungsverfahren erst nach Behandlung im jeweiligen Ständigen Ausschuss abgeschlossen werden. Bei Gefahr im Verzug sind Maßnahmen ohne Behandlung im Ständigen Ausschuss, jedoch nach vorheriger Absprache der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien zulässig. Die Behandlung im Ständigen Ausschuss sowie ein erforderliches Verwaltungsverfahren können nachträglich erfolgen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können in wasserwirtschaftlichen Verwaltungsangelegenheiten direkten Kontakt aufnehmen.

Artikel 13

(1) Soweit sachlich geboten, erfolgt eine Zusammenarbeit und Koordinierung der Kommission mit der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe, der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung sowie mit anderen bilateralen und multilateralen Kommissionen im Bereich der Wasserwirtschaft.

(2) Die Kommission arbeitet mit der Ständigen deutsch-tschechischen Grenzkommission zusammen, soweit es um Fragen des Grenzverlaufs in den Grenzgewässern geht. Die Ständigen Ausschüsse äußern sich auf Anforderung dieser Kommission zu Art und Umfang der Veränderung an den Grenzgewässern, dadurch bedingten Änderungen des Grenzverlaufs und zu den in diesem Zusammenhang zu treffenden Maßnahmen.

Artikel 14

(1) Personen, die Staatsangehörige einer der beiden Vertragsparteien sind, können zur Wahrnehmung der Aufgaben im Rahmen dieses Vertrags die Staatsgrenze an einem festgelegten oder an einem durch die Erfüllung dieser Aufgaben bedingten Punkt überschreiten, wenn sie die Zustimmung der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei eingeholt haben sowie ein gültiges Grenzübertrittsdokument und einen Dienstausweis mitführen. Die Bestimmungen gelten bezüglich dieser Aufgaben auch für Angehörige dritter Staaten, die in keinem der beiden Staaten und in keinem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union der Visumpflicht unterliegen.

(2) Personen, die im Rahmen dieses Vertrags die Staatsgrenze überschreiten, unterliegen der Paß- und Zollkontrolle.

(3) Von Ein- und Ausfuhrabgaben befreit sind Materialien, die aus dem Zollgebiet des Staates der einen Vertragspartei in das Zollgebiet des Staates der anderen Vertragspartei ausgeführt und für Arbeiten im Rahmen dieses Vertrags verwendet werden. Das nicht verbrauchte Material ist in das Zollgebiet des Staates der Vertragspartei, aus dem es eingeführt wurde, wieder auszuführen.

proti povodním a ledovému nebezpečí a plány opatření při kritických stavech jakosti vod.

2) Při povodních, ledovém nebezpečí a kritických stavech jakosti vod si poskytnou příslušné orgány a pověřená odborná pracoviště pomoc, je-li o ni požádáno a pokud je tato pomoc možná.

Článek 12

1) Vodohospodářská opatření na hraničních vodách se posuzují podle vnitrostátních právních předpisů a orgány té smluvní strany, na jejímž území státu se opatření provádějí. Ve správních řízeních konaných za tímto účelem musí být projednáno stanovisko druhé smluvní strany.

2) U vodohospodářských opatření na hraničních vodách, jež budou prováděna na území států obou smluvních stran, udělují povolení příslušné orgány pro část vodohospodářských opatření na území svého státu. Správní řízení musí být prováděna tak, aby rozhodnutí byla vzájemně obsahově sladěna.

3) U vodohospodářských opatření na hraničních vodách může být správní řízení ukončeno teprve po projednání v příslušném Stálém výboru. Při nebezpečí z prodlení je přípustné provedení opatření bez projednání ve Stálém výboru, avšak po předchozí dohodě příslušných orgánů obou smluvních stran. Projednání ve Stálém výboru, jež i nutně správní řízení, se může uskutečnit dodatečně.

4) Příslušné orgány smluvních stran mohou ve vodohospodářských správních záležitostech vstupovat do přímého styku.

Článek 13

1) Komise, pokud je to věcně nutné, spolupracuje a koordinuje činnost s Mezinárodní komisí pro ochranu Labe a Mezinárodní komisí pro ochranu Odry před znečištěním, jakož i s dalšími bilaterálními a multilaterálními komisemi v oblasti vodního hospodářství.

2) Komise spolupracuje se Stálou německo-českou hraniční komisí, pokud se jedná o otázky průběhu hranic hraničními vodami. Stálé výbory se na požádání této komise vyjadřují k způsobu a rozsahu změn na hraničních vodách, k tím způsobeným změnám průběhu hranic a k opatřením, která je třeba v této souvislosti učinit.

Článek 14

1) Osoby, které jsou příslušníky státu jedné ze smluvních stran, mohou za účelem provádění úkolů podle této smlouvy překračovat státní hranice v určeném místě nebo v místě potřebném k plnění těchto úkolů, pokud mají souhlas příslušného orgánu druhé smluvní strany a mají u sebe platný doklad pro překračování státních hranic a služební průkaz. Ustanovení platí u těchto úkolů také pro příslušníky třetích států, kteří nepodléhají v žádném z obou států smluvních stran a v žádném z členských států Evropské unie vízové povinnosti.

2) Osoby překračující státní hranice podle této smlouvy podléhají pasové a celní kontrole.

3) Materiál, který je vyvážen z celního území státu jedné smluvní strany na celní území státu druhé smluvní strany a je používán pro práce podle této smlouvy, je osvobozen od dovozních a vývozních cel a poplatků. Nespotřebovaný materiál bude vyvezen zpět na celní území státu smluvní strany, odkud byl dovezen.

(4) Ein- und Ausfuhrabgaben im Sinne des Vertrags sind die Ein- und Ausfuhrzölle sowie alle anderen anlässlich der Wareneinfuhr und der Warenausfuhr zu erhebenden Steuern und Gebühren.

(5) Unter der Voraussetzung der Wiederausfuhr sind von Ein- und Ausfuhrabgaben und auch von einer Leistung der Sicherheit befreit: Fahrzeuge, Werkzeuge, Geräte, Instrumente, Apparate und Maschinen, die aus dem Zollgebiet des Staates der einen Vertragspartei in das Zollgebiet des Staates der anderen Vertragspartei für Arbeiten im Rahmen dieses Vertrags eingeführt werden. Diese Gegenstände sind spätestens innerhalb eines Monats nach Beendigung der Arbeiten in das Zollgebiet wieder auszuführen, aus dem sie eingeführt wurden.

(6) Auf die in den Absätzen 3 und 5 genannten Waren, die im Rahmen dieses Vertrags verwendet wurden, finden Ein- und Ausfuhrverbote und -beschränkungen keine Anwendung.

Artikel 15

(1) Die Regierungen der Vertragsparteien notifizieren einander, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Vertrags erfüllt sind. Der Vertrag tritt 30 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die letzte Notifikation eingegangen ist.

(2) Durch Inkrafttreten dieses Vertrags bleiben die bestehenden Wasserrechte an Grenzgewässern und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen unberührt.

(3) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(4) Nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten kann der Vertrag von der Regierung jeder Vertragspartei durch Notifikation spätestens sechs Monate zum Ende des Kalenderjahres gekündigt werden. Der Vertrag tritt in diesem Fall mit Ablauf des entsprechenden Kalenderjahrs außer Kraft.

(5) Die Weiterführung von bereits begonnenen oder von zeitlich begrenzten gemeinsamen wasserwirtschaftlichen Maßnahmen und die diesen Maßnahmen zugrunde liegenden Vereinbarungen bleiben von der Kündigung dieses Vertrags unberührt. Hinsichtlich dieser Maßnahmen ist Artikel 7 bis zu deren Abschluß anzuwenden.

(6) Dieser Vertrag ersetzt das Abkommen vom 27. Februar 1974 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern. Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags tritt auch die im Notenwechsel vom 4./11. Dezember 1981 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik enthaltene Regelung über die Beauftragung von Grenzgewässerbevollmächtigten außer Kraft. Die Weiterführung von bereits begonnenen oder zeitlich begrenzten gemeinsamen wasserwirtschaftlichen Maßnahmen sowie zu wasserwirtschaftlichen Aufgaben an den Grenzgewässern abgeschlossene Vereinbarungen bleiben hiervon unberührt.

Geschehen zu Dresden am 12. Dezember 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

4) Dovožními a vývozními cly a poplatky podle této smlouvy jsou dovožní a vývozní cla, jakož i všechny jiné daně a poplatky, vybírané při dovozu a vývozu zboží.

5) Za předpokladu zpětného vývozu jsou osvobozeny od dovožních a vývožních cel a poplatků a také od povinnosti zajištění celního dluhu: vozidla, nářadí, přístroje, nástroje, aparáty a stroje, které se dovážejí z celního území státu jedné smluvní strany na celní území státu druhé smluvní strany pro práce podle této smlouvy. Tyto předměty je třeba vyvézt nejpozději do měsíce po skončení prací na celní území, ze kterého byly dovezeny.

6) Na zboží uvedené v odstavcích 3 a 5, které se používá podle této smlouvy, se nevztahují dovožní a vývožní zákazy a omezení.

Článek 15

1) Vlády smluvních stran si vzájemně vymění diplomatickou cestou písemná sdělení, že pro vstup smlouvy v platnost byly vytvořeny potřebné vnitrostátní předpoklady. Smlouva vstupuje v platnost 30 dnů po dni, kdy bude doručeno poslední písemné sdělení potvrzující vnitrostátní schválení.

2) Vstupem této smlouvy v platnost zůstávají nedotčena stávající vodní práva na hraničních vodách a s nimi spojené závazky.

3) Tato smlouva se uzavírá na neurčitou dobu.

4) Po uplynutí pěti let od vstupu v platnost může být tato smlouva vládou každé ze smluvních stran písemně diplomatickou cestou vypovězena nejpozději šest měsíců před koncem kalendářního roku. Smlouva pozbývá v tomto případě platnosti uplynutím příslušného kalendářního roku.

5) Pokračování již započatých nebo časově omezených společných vodohospodářských opatření a ujednání, která jsou základem těchto opatření, zůstávají vypovězením smlouvy nedotčena. Pokud jde o tato opatření, bude článek 7 uplatňován až do jejich dokončení.

6) Tato smlouva nahrazuje Dohodu mezi vládou Německé demokratické republiky a Československé socialistické republiky o spolupráci ve vodním hospodářství na hraničních vodách ze dne 27. února 1974. Vstupem této smlouvy v platnost pozbývá platnosti i úprava obsažená v notách vlády Spolkové republiky Německo a Československé socialistické republiky ze dne 4. a 11. prosince 1981 o jmenování zmocněnců pro hraniční vody. Pokračování již započatých nebo časově omezených společných vodohospodářských opatření, jakož i ujednání uzavřená o vodohospodářských úkolech na hraničních vodách zůstávají tím nedotčena.

Dáno v Drážďanech dne 12. prosince 1995 ve dvou původních vyhotoveních, každé v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo
Adolf von Wagner
Angela Merkel

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku
František Benda

**Statut
der deutsch-tschechischen Grenzgewässerkommission
und ihrer Ständigen Ausschüsse**

**Statut
Německo-české komise pro hraniční vody
a jejích Stálých výborů**

Artikel 1

(1) Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland und die Delegation der Tschechischen Republik in der Kommission besteht aus je bis zu neun Mitgliedern. Jede Vertragspartei bestellt aus ihren Delegationsmitgliedern einen Bevollmächtigten, der gleichzeitig Leiter ihrer Delegation in der Kommission ist, sowie seinen Vertreter, ferner die Delegationsleiter der Ständigen Ausschüsse und deren Vertreter. Die Anzahl der Mitglieder der Delegationen in den Ständigen Ausschüssen wird von der Kommission festgelegt.

(2) Jede Delegation hat eine Stimme. Beschlüsse werden mit Zustimmung beider Delegationen gefaßt.

Artikel 2

(1) Die Kommission tritt in der Regel einmal im Jahr zusammen, in dringenden Fällen innerhalb von zwei Monaten auf Antrag eines Bevollmächtigten. Die Sitzungen sind so anzuberaumen, daß die kontinuierliche Arbeit der Ständigen Ausschüsse gewährleistet ist.

(2) Die Sitzungen der Ständigen Ausschüsse finden wenigstens einmal jährlich rechtzeitig vor der Sitzung der Kommission statt.

(3) Sofern nichts anderes vereinbart ist, treten die Kommission sowie ihre Ständigen Ausschüsse abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in der Tschechischen Republik zusammen.

(4) Die Einberufung einer Sitzung erfolgt durch den Delegationsleiter der Vertragspartei, in deren Staatsgebiet die Sitzung stattfinden soll, im Einvernehmen mit dem Delegationsleiter der anderen Vertragspartei.

(5) Zwischen den Tagungen der Kommission können die Bevollmächtigten und die Delegationsleiter der Ständigen Ausschüsse in begründeten Fällen direkt verhandeln. Die Ergebnisse solcher Verhandlungen werden der Kommission bei ihrer nächsten Tagung vorgelegt.

Artikel 3

(1) Die Ständigen Ausschüsse fertigen über die Ergebnisse ihrer Sitzungen eine Niederschrift in zwei Ausfertigungen, jede in deutscher und in tschechischer Sprache, die von den Delegationsleitern unterschrieben und der Kommission vorgelegt wird.

(2) Die Kommission fertigt über die Ergebnisse ihrer Sitzungen ein Protokoll in zwei Ausfertigungen, jede in deutscher und in tschechischer Sprache, das von den Bevollmächtigten unterschrieben wird. Die Niederschriften der Sitzungen der Ständigen Ausschüsse sind Bestandteil des Protokolls.

(3) Die Bevollmächtigten legen das Protokoll ihren Regierungen schnellstmöglich zur Zustimmung vor. Sie informieren einander unverzüglich über die Entscheidungen.

(4) Das Protokoll tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Bevollmächtigten die Mitteilung über die Zustimmung der anderen Vertragspartei erhalten haben.

Článek 1

1) Delegace Spolkové republiky Německo a České republiky v Komisi jsou složeny nejvýše z devíti členů. Každá smluvní strana ustanoví ze členů své delegace zmocněnce, který je současně i vedoucím delegace v Komisi, jakož i jeho zástupce, dále ustanoví vedoucí delegací Stálých výborů a jejich zástupce. Počet členů delegací ve Stálých výborech stanoví Komise.

2) Každá delegace má jeden hlas. Usnesení jsou přijímána souhlasem obou delegací.

Článek 2

1) Komise se schází zpravidla jednou ročně, v naléhavých případech nejpozději do dvou měsíců na požádání jednoho ze zmocněnců. Zasedání je nutno svolávat tak, aby byla zaručena kontinuální práce Stálých výborů.

2) Zasedání Stálých výborů se konají alespoň jednou ročně v dostatečném předstihu před zasedáním Komise.

3) Pokud není dohodnuto jinak, schází se Komise a její Stálé výbory střídavě na území Spolkové republiky Německo a na území České republiky.

4) Zasedání svolává vedoucí delegace smluvní strany, na jejímž území státu se zasedání bude konat, po dohodě s vedoucím delegace druhé smluvní strany.

5) Mezi zasedáními Komise mohou zmocněnci a vedoucí delegací Stálých výborů jednat v odůvodněných případech přímo. Výsledky takových jednání předkládají Komisi na jejím příštím zasedání.

Článek 3

1) Stálé výbory sepisují o výsledcích svých zasedání Zápisy ve dvou vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, které podepisují vedoucí delegací a předkládají je Komisi.

2) Komise sepisuje o výsledcích svých zasedání Protokol ve dvou vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, které podepisují zmocněnci. Součástí Protokolu jsou Zápisy Stálých výborů.

3) Zmocněnci předkládají Protokol v co nejkratší době svým vládám ke schválení. O výsledcích se vzájemně bezodkladně informují.

4) Protokol vstupuje v platnost dnem, kdy oba zmocněnci obdrží oznámení o jeho schválení druhou smluvní stranou.

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) volkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1997 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 7,65 DM (5,60 DM zuzüglich 2,05 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,65 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten, der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · G 1998 · Entgelt bezahlt

Artikel 4

(1) Jede Delegation in der Kommission und in den Ständigen Ausschüssen ist berechtigt, Sachverständige beizuziehen.

(2) Die Kommission und die Ständigen Ausschüsse können Sachverständige mit der Durchführung einzelner, genau bezeichneter Aufgaben beauftragen.

Artikel 5

Jede Delegation in der Kommission und in den Ständigen Ausschüssen trägt ihre eigenen Kosten sowie die Kosten ihrer Sachverständigen und Dolmetscher.

Artikel 6

Die Kommission und die Ständigen Ausschüsse können bei Bedarf für einzelne Grenzgewässerabschnitte sowie für einzelne Fachgebiete Sachverständigengruppen einsetzen, die paritätisch zu besetzen sind, und deren Aufgaben festlegen.

Artikel 7

Die Arbeitssprachen der Kommission und ihrer beiden Ständigen Ausschüsse sind Deutsch und Tschechisch.

Artikel 8

Die Kommission und die Ständigen Ausschüsse geben sich jeweils eine Geschäftsordnung.

Článek 4

1) Každá delegace v Komisi a ve Stálých výborech má právo na přizvání odborných znalců.

2) Komise a Stálé výbory mohou uložit odborným znalcům provedení jednotlivých, přesně definovaných úkolů.

Článek 5

Každá delegace v Komisi a ve Stálých výborech hradí své náklady, jakož i náklady na své odborné znalce a tlumočníky.

Článek 6

Komise a Stálé výbory mohou vytvořit pro jednotlivé úseky hraničních vod a pro jednotlivé odbornosti podle potřeby skupiny odborných znalců s paritním obsazením a stanovit jejich úkoly.

Článek 7

Pracovními jazyky Komise a Stálých výborů jsou němčina a čeština.

Článek 8

Komise a Stálé výbory si stanoví jednací řády.